

Bezugspreis. Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Ungarn, Tschechien und Rumänien, Österreich, Litauen, Luxemburg 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Welt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“ und „Bild in die Welt“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Raumzeitung 40 Pfennig. Restzeitung 5.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das sechsdruckte Wort 25 Pfennig (zweifache zwei sechsdruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenausschreibungen das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Schriftmarkt Seite 40 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckerei-Büro, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, abgeben. Abdruck von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297.

Dienstag, den 29. März 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vollständiger: Berlin SW 68 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Kassenstellen und Beamten, Kassenstr. 45; Disconto-Gesellschaft, Postfach 110, Berlin SW 68.

Italienische Kriegswerkstatt zerstört.

Schwere Explosion in einer Rüstungsfabrik bei Neapel. - Neuer Faschistenterror. Kundgebungen gegen die Kriegsvorbereitungen.

Paris, den 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Der römische Berichtsfalter des in Paris erscheinenden „Corriere degli Italiani“ teilt mit, daß sich in Neapel eine Explosion ereignete, die als eine Protestkundgebung gegen die Kriegsbegeisterung des Faschismus hingestellt wird. In den letzten Tagen war die Parole: „Nach Belgrad, Nieder mit Frankreich!“ ausgegeben worden. Die Munitions- und Waffenfabrik von Ivo in Vagnoli bei Neapel wurde durch eine gewaltige Explosion zerstört. Zwei große Hallen, die für die Herstellung von Kriegsgeschütz aller Art bestimmt waren, wurden völlig vernichtet. Auch an den benachbarten Gebäuden wurde erheblicher Schaden angerichtet. Die Polizei nimmt an, daß es sich um einen Sabotageakt von antifaschistischen Arbeitern handele. Die Fabrik mußte die Arbeit einstellen. Die Faschisten haben infolge dieser Katastrophe schwere Repressalien verübt. Mehr als 1000 Verhaftungen wurden vorgenommen. Viele Gewalttaten von Faschisten werden gemeldet.

Die Kriegsdemonstrationen der Faschisten gegen Süditalien in zahlreichen Städten Italiens haben die Arbeiter unter dem Schutz der Nacht und ungeachtet einer Verdoppelung der Straßenzensur mit vielen großen Inskriften an den Häusern „Nieder mit dem Krieg! Es lebe der Frieden und die Freiheit!“ beantwortet.

In Triest, Ancona, Bari, am Adriatischen Meer und in dem Italien zugehörigen dalmatinischen Hafen Zara sind große Truppen-

ansammlungen erfolgt, was die Bevölkerung ungemein aufgeregt hat, da sie von diesen Kriegsvorbereitungen, ungeachtet ihrer Geheimhaltung und nächtlichen Durchführung, Kenntnis erhalten hat.

Albanisches Dunkel.

Paris, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Abendpresse äußert sich beunruhigt über das Ausbleiben jeder amtlichen Mitteilung vom Stand des südslawisch-italienischen Konflikts. Nachdem man bereits am Donnerstag im französischen Außenministerium erklärt hatte, die Angelegenheit sei im Prinzip beigelegt, ist es in der Zwischenzeit um die Affäre merkwürdig still geworden. Gerüchte verlauten, daß Belgrad die internationale Untersuchung jetzt nicht mehr annehme, während Italien sie für „grötest“ halte.

Internationale und Balkankonflikt.

Beratung in Paris.

Zürich, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Zur Beratung über die Konflikte in Südosteuropa treten am Sonntag, dem 3. April, in Paris die Vorstände der Sozialistischen Arbeiterinternationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes zusammen. Sonntagabend oder Montag wird sich eine Sitzung des Bureaus der Sozialistischen Arbeiterinternationale anschließen.

Reichswehrdebatte im Reichstag.

Das Mißtrauensvotum der Sozialdemokratie.

Gestern standen im Reichstag die Reichswehr und ihr Minister Gehler im Streit der Meinungen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ein Mißtrauensvotum gegen Gehler eingebracht. Sie hat ferner beantragt, sein Gehalt zu streichen.

Das Mißtrauensvotum wurde begründet vom Genossen Schöpflin. Eindrucksvoll stellte er die schandvolle Sparpolitik bei sozialen Aufgaben und die Verschwendung beim Reichswehretat gegenüber. Er erinnerte an die Abstriche bei den Summen für Kindererziehung. Er wies hin, daß man den hungernden Jungeltern 2 1/2 Millionen Mark aus dem Reichshaushalt wieder abgezogen habe und ließ dann auf Grund dieser antisozialen Tatsachen erst recht die Riesensummen für Reichswehr und Marine wirken. Mit starkem Nachdruck forderte der sozialdemokratische Redner die Trennung der Wehr von allen rechtsradikalen Verbänden und die Republikanisierung der Truppe. Das Leitmotiv seiner ganzen Rede war keinesfalls Feindschaft gegen die Reichswehr, aber unbedingte Verwirklichung der Forderung, daß die Reichswehr dem Staat zu dienen habe.

Gehlers Antwort: Es kann nichts gestrichen werden und es wird nichts gestrichen werden. Ohne Begründung. Der Kernsatz seiner Rede war die Behauptung, daß wir mit dem jetzigen Heeresetat auf die Dauer nicht auskommen könnten. Wir müßten fordern, daß die anderen auch so weit abrüsten, wie wir selbst, oder wir müßten die Freiheit haben, ihnen mit denselben Waffen gegenüberzutreten.

Manche Wendungen der Gehlerschen Rede ließen erkennen, daß er die sozialdemokratische Heerespolitik durchaus begreift. Er weiß, daß wir nicht gegen die Truppe, auch nicht gegen die Offiziere hehen, sondern daß unser ganzer Stoß der unerträglichen Erscheinung gilt: Ein Heer, das vereidigt ist auf die Verfassung, ein Heer, das der Republik dienen soll, aber bis zu dieser Stunde in sehr großen Teilen des Volkes mit Recht nicht als ein republikanisches, sondern mit Recht als ein kaum verhülltes Instrument monarchistischer Parteien gilt.

Aber Gehler will dieser Heerespolitik nicht entgegenkommen. Er hält nichts von republikanischer Ideologie. Mannschafts- und Offizierserlass sollen im wesentlichen nach dem alten System weiter eingestellt werden.

Gehler ist mit sich zufrieden. Von den Reformplänen, die einst der Reichskanzler Marx verkündete ist nichts mehr zu hören. Das sozialdemokratische Mißtrauensvotum zieht daraus die Konsequenz.

Die Finanzpolitik des Bürgerblocks.

Einbringung eines Etats-Notgesetzes.

Da es nicht möglich ist, den Reichshaushaltsplan für 1927 rechtzeitig zum verfassungsmäßigen Termin - dem 31. März - zu verabschieden, ist von sämtlichen Parteien des Reichstags, mit Ausnahme der Kommunisten, ein Gesetzentwurf über die vorläufige Regelung des Reichshaushalts für 1927 eingebracht worden. Danach wird die Regierung ermächtigt, für das Rechnungsjahr 1927 die zur Aufrechterhaltung der Reichsverwaltung oder zur Erfüllung der Aufgaben und der rechtlichen Verpflichtungen des Reiches notwendigen Ausgaben zu leisten. Für die Art der Verwendung der Mittel und die Höhe der Ausgaben sind, soweit der Entwurf des Reichshaushaltsplans für 1927 vom Reichstag bereits in zweiter Lesung beraten ist, die Beschlüsse des Reichstags, im übrigen die Beschlüsse des Haushaltsausschusses maßgebend. Dieses Gesetz tritt am 1. April d. J. in Kraft und spätestens am 15. April d. J. außer Kraft.

Die Thüringer Krise.

Demokratische Leitfäden als Diskussionsgrundlage.

Weimar, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Im Verlauf der Verhandlungen zwischen Demokraten und Sozialdemokraten über die künftige Regierungsabstimmung wurden die demokratischen Leitfäden als Diskussionsgrundlage von dem Verhandlungsführer der SPD. angenommen. Außerdem wurden vorbehaltlich der Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion Abänderungsvorschläge zu den Richtlinien den Demokraten überreicht. Diese Vorschläge sind von den Demokraten zu einem großen Teile ohne weiteres akzeptiert worden, andere wurden lediglich zur Kenntnis genommen. Die Abänderungsvorschläge will die demokratische Landtagsfraktion den anderen Landtagsparteien, die für eine Regierungsbildung in Frage kommen, übermitteln.

Es handelt sich bei den Abänderungsvorschlägen vor allem um soziale und steuerliche Fragen. So erklärten sich die Demokraten von sich aus für die 48-Stunden-Woche bereit, während die sozialdemokratischen Abänderungsvorschläge die reichsgesetzliche Wiedereinführung des Achtstundentages verlangen. In bezug auf die Wiedergutmachung der von der Ordnungsregierung gemachten sozialen Sozialdemokratischen Beamten erklärten sich die demokratischen Unterhändler bereit, ihre Formulierung, als in „passenden Stellen“ unterzubringen, zugunsten einer für die Gemahrgestellten besseren Formulierung aufzugeben. - Die sozialdemokratische Landtagsfraktion tritt am Dienstag zusammen.

Grubenkatastrophe in Japan. Bei einem Grubenbrand kamen 136 Bergarbeiter ums Leben.

O Straßburg!

Das Elsaß im Scheinwerfer Locarno.

Von Hermann Wendel.

Als unlängst in Berlin ein großer Kommerz der „alten Herren“ der Köpener S.O.-Korps stattfand, sangen die buntbemalten und buntbehänderten Amtsrichter und Landräte, Ministerialdirektoren und Universitätsprofessoren aus zweitausend Bierkehlen:

O Straßburg, o Straßburg, wir schwören dir's in den Tod:
Bald weht auf deinen Zinnen die Flagge Schwarzweißrot!

Das ist fürwahr ein merkwürdiger Rehrreit auf Locarno und Genf. Aber wie soll man die Knechte loben, kommt doch das Vergernis von oben! Kurz vorher hatte der deutsche nationale Generalissimus Graf Westarp vor Berliner Studenten die Einderleibung Elsaß-Lothringens im Jahre 1871 als nationale Tat gefeiert und herausgeschmettert, daß Locarno nur „den Verzicht auf kriegerische Maßnahmen“, aber keineswegs „den grundsätzlichen Verzicht auf deutsches Land“ enthalte. Ja, sogar die „Tägliche Rundschau“ beklagte, ob Stresemanns Blatt oder nicht, nach mehrere Monate nach Deutschlands Eintritt in den Völkerbund, daß „der erstrebten deutsch-französischen Verständigung immer noch die ungelöste elsass-lothringische Frage hindernd im Wege stehe“.

Die hier Gambettas bekanntes Wort umkehren, indem sie immer geschwollen davon reden, aber nie im Ernst daran denken, sind die gleichen einfachen Gemüter, die allezeit vor der effässigen Frage so verständnisvoll gefanden haben wie der Hund vor der Logarithmentafel. Ohne das geringste historische oder psychologische Einfühlungsvermögen sahen sie nur, daß die Elsässer und zum Teil die Lothringer deutschen Stammes und deutscher Junge waren und dereinst zum heiligen römischen Reich deutscher Nation gehörig hatten; Grund genug, schon in den Jahrzehnten vor 1870 als Lösung Schenkendorfs Wort zu nehmen, daß es gelte, an den Vogesen „deutsches Blut vom Hellenoch zu lösen“. Aber diese „deutschen Brüder“ wollten gar nicht „erlöst“ sein. Als sie aus dem Rahmen des mittelalterlichen Reichs herausgebrochen wurden, waren sie keine Deutschen im nationalen Sinne, denn der Mensch des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts steckte in religiösen, in feudalen, in munitipalen, nur nicht in nationalen Bindungen. Die Geburtsstunde des modernen Nationalgefühls aber, das Jahr 1789, erlebten sie in der französischen Schicksalsgemeinschaft, und da die große Revolution sie aus Leibeigenen zu Freibauern, aus Untertanen zu Bürgern machte, wurden sie, ob sie gleich an ihrer deutschen Mundart zäh festhielten, im Politischen hegeisterter Franzosen. Sie waren es auch nach 1870, als die junge deutsche Sozialdemokratie gegen die gewaltsame Angliederung der beiden Provinzen lauten Widerspruch erhob, und der wackere Demokrat Johann Jacoby feststellte, daß „die Elsässer und Lothringer mit Leib und Seele Franzosen sind und Franzosen bleiben wollen“.

War Frankreichs wirftames Bindemittel für seine deutschsprechenden Söhne die Freiheit gewesen, so stieß die Unfreiheit des deutschen Obrigkeitstaats sie gründlich ab. Wenn man die neuen Landsleute nicht nur äußerlich gewinnen wollte, mußte man sich an die Schichten wenden, die am wenigsten französischen Kulturfirmis angenommen hatten, die Bauern und die Arbeiter, aber sie ließ man links liegen, da sie auch in Altdeutschland nicht mitzählten, und unwarb dafür, wie es einem undemokratischen Herrenstaat wohl anstand, die heimliche Herrenschicht, die Notabeln, die nicht nur der Gesinnung, sondern auch der Besetzung nach viel enger mit Frankreich verknüpft waren. Allzuviel Menschensitzerei aber betrieb man überhaupt nicht; der Elsässer hatte mit den Händen an der Hofenmacht stramm zu stehen und das Maul zu halten. Westarps Gesinnungs- und Klassengenossen tragen ein gerüttelt Maß Schuld daran, daß die im Reichsland beliebte Germanisierungspolitik in Wahrheit eine Verpöhrungs-, eine Verpöhrungspolitik durch den Unteroffizier und den Gendarmen war. Wohl sprachen objektive Momente, wie der allgemeine Wirtschaftsausschwung, der agrarische Zollschutz, die Sozialgesetzgebung, der Einfluß der katholischen Kirche bei großen Schichten der Elsässer für Deutschland, aber Diktaturparagrafen und Ausnahmegerichte zerstörten die seelische Wirkung davon. Wie heftig sträubten sich gar die Westarp und Kompanie, als 1911 Elsaß-Lothringen seinen Landtag erhielt, wie freudig juchzten sie auf, als in seinem Größenwahn Wilhelm II. selbige Verfassung in Scherben zu schlagen drohte! Die Krönung des Gebäudes aber war Jaber. Dieser brutale Triumph des Kommissariats über den Reichsgedanken ließ alle Junkerherzen höher schlagen; unter dem freireichlichen Befehl Ihresgleichen, Graf Westarp, konnte der wackere Oberst Reuter, gestützt auf seinen Willen aus dem Jahre 1820, die bürgerliche Freiheit in den Pandurenkeller sperren!

Das geflügelte Hohenzollernwort aus jenen Tagen: Immer feste druff! wurde erst recht nach Kriegsausbruch Leitspruch der Berliner Nachhaber in Elsaß-Loth-

ringen. Während die Sozialdemokratie und wer immer Augen hatte, zu sehen, seine Stimme erhob, daß jetzt die letzte Stunde sei, das Land durch Bewandlung in einen gleichberechtigten Bundestaat innerpolitisch und international ins Gleichgewicht zu bringen, bedient die Westarp und Kompanie, dynastischer Habgier zu Liebe, allerhand Teilungspläne aus: Lothringen zu Preußen, das Elsaß zu Bayern und dergleichen mehr, und entschieden sich am Ende — siehe Hindenburgs Denkschrift vom Dezember 1917 — für die Verschlingung des Ganzen durch Preußen. Die Germanisierung sollte, nach dem glorreichen Muster von Bosen und Westpreußen, durch deutsche Ansiedlungstätigkeit in den Kreisen Metz, Saarburg, Diedenhofen und Château-Salins erfolgen, und damit es besser flutschte, war für ein bis zwei Jahrzehnte eine Militärdiktatur statt der „schlappen Zivilisten“ vorgesehen; die Elässer, die schon 1913 in Zabern mit blauen Bohnen bedroht wurden, weil sie lachten, hätten fürwahr nichts zu lachen gehabt, wenn die schwarzweißen Grenzpächter geblieben wären! Daß überdies von 1914 bis 1918 wildgewordene Generale, zum Entsetzen der Zivilbehörden, im Elsaß und in Lothringen wie in Feindesland hausten, daß militärische Schnauzbärte es unternahmen, die „Franzosenköpfe“ mit Sporn und Peitsche zu zwiebeln, daß besitzende Festungsgouverneure und Etappenkommandanten durch Kriegsverbrechen und Schutzhaftverfügungen einen bisher unerbörten Terror gegen ruhige und friedliche Bürger ausübten, das war Schneid von Westarps Schneid und wird in hundert Jahren noch nicht vergessen sein. Wenn etwas dazu beigetragen hat, daß das Reichsland 1918 auch innerlich verloren ging, und daß beim Einmarsch der Franzosen alle Gauen von Diedenhofen und Weissemburg bis Müllhausen und St. Ludwig in hellem Entzücken und blauweißen Fahnen schwammen, so war es diese von der Partei Westarps geschickte, begrüßte und gedeckte Militärpolitik in den vier Jahren, da ganz Elsaß einem vergitterten Pandurenkeller glich.

Als dann die französische Verwaltung, ungedenkt dessen, daß sich die Departements Oberrhein, Niederrhein und Mosel fast ein halbes Jahrhundert lang ganz anders entwickelt hatten als Frankreich, 1918 läppisch den Faden anknüpfen wollte, wo er 1870 gerissen war, und damit den Widerstand der Elässer weckte und die Autonomisten- und „Heimatsbund“-Bewegung entfesselte, witzerten gleichwohl die um Westarp Morgenluft. Gut darum, daß ihnen der „Elässer“ die Fäden beigebracht hat, doppelt gut, daß es gerade der „Elässer“ war, der wegen seiner Vergleiche mit früher gern der übertriebenen Deutschfreundlichkeit geziehen ward. Leider ist in Deutschland nirgends des klerikalen Blattes „Offener Brief an den Grafen Westarp“ vom 14. März vollständig abgedruckt worden, obwohl er es verdiente. Von der Feststellung ausgehend, daß für alle Elässer ausnahmslos die elsässischen Fragen rein französische Fragen sind, die nur Frankreich und die Franzosen angehen, spricht das Schriftstück das „Gefühl der Entrüstung“ aus, daß ausgerechnet ein Westarp vom „Volksrecht“ der Elässer zu reden wage:

Wenn man wie Sie nur Hohn und Haß für unsere Volksrechte gezeigt hat, dann hat man jetzt zu schweigen. Wir sind in unserem Blatte für die Verständigung und den ehrlichen Frieden mit Deutschland eingetreten... wir lehnen die blinde Heße gegen alles Deutsche ab... wir hören auf die Friedenspredigt des Papstes. Aber wenn wir in Deutschland auf eine Stellungnahme der nationalistischen Konservativen in elsäß-lothringischen Fragen, gar mit Hinweis auf die Rechte kleiner Volksstämme, stoßen, dann nimmt in uns die Entrüstung überhand, dann haben wir Mühe, den aufsteigenden Haß zurückzuhalten. Sie und Ihre Gesinnungsgenossen haben in bezug auf Elsaß-Lothringen, nach Ihrem früheren Verhalten nur eine Möglichkeit: zu schweigen, sich vergessen zu lassen... und sich zu schämen, wenn Sie eines sittlichen Gefühls in der Politik fähig sind. Hände weg von Elsaß-Loth-

ringen.“ das muß die Lösung für das ganze Deutschland sein, wenn es, wie wir gern glauben wollen, ehrlich Friedenspolitik betreiben will. Aber für diejenigen, wie Sie und Ihre Partei, die für uns nur Mißachtung unserer heiligsten Rechte und brutale Vergewaltigung predigen, gilt noch ein weiteres Gebot: Sorgen Sie dafür, daß man Sie infolge Ihrer Juridiktatur bei uns vergißt, wenn nicht der Haß gegen Deutschland, den wir als unchristliche und unpolitische Gesinnung ablehnen, mit unwiderstehlicher Macht auflockern soll.

Das ist allemannisch grob und deutlich und wie das Wort des französischen Ministerpräsidenten in Genf nicht nur deutlich für die Westarp und Genossen. Denn wenn ein einflussreicher Staatssekretär des auswärtigen Amtes, von einem amerikanischen Korrespondenten über Deutschlands Stellung zu Elsaß-Lothringen befragt, antwortet: „Wir warten ab!“ und der Nächste eines französischen Diplomaten beim Tee auseinanderlegt, daß Locarno dem Elsaß nicht verbiete, eines Tages ein selbständiger Staat zu werden, so löstete das Herrn Stresemann im Zwiegespräch mit Briand in Genf mit Recht eine böse Viertelstunde. Hinter solchen deutbaren Redensarten wittert der mißtrauische Franzose mehr, als vielleicht dahintersteckt. In jedem Betracht ist es darum für Deutschland das Beste, die elsässische Frage vollkommen als innerfranzösische Frage zu betrachten, denn mit nichts geschähe denen, die sich im Elsaß für ihre sprachliche und kulturelle Eigenart regen, ein üblerer Gefallen als mit dem Interesse der Westarp für ihre Bestrebungen, und erledigt wäre ihre Bewegung in dem Augenblick, der offenbarte, daß sie mittelbar oder unmittelbar aus Deutschland Förderung erführe. Wenn Karl Marx 1870 die Annexion von Elsaß und Lothringen das größte Unglück nannte, das Europa und besonders Deutschland treffen könne, so gibt es heute für die deutsche Demokratie nur eine Lösung: Elsaß-Lothringen war achtundvierzig Jahre lang ein höchst unerfreulicher Zwischenfall zwischen Frankreich und Deutschland. L'incident est clos! Der Zwischenfall ist vorbei, um für immer vorbei zu sein!

Fememordprozeß Legner.

Verhandlungsbeginn Ende April?

Wie eine Berliner Gerichts-Korrespondenz meldet, wird der nächste Fememordprozeß, in dem es sich um die Ermordung des Wachtmeisters Legner in Döberitz handelt, bereits Ende April vor dem Schwurgericht des Landgerichts III in Berlin beginnen. Der von Feldwebel Stein als Täter bezeichnete Leutnant Reim wurde kürzlich in Haft genommen und ist bereits mit Stein konfrontiert worden. Neben Reim kommt Feldwebel Vogt als Hauptbeteiligter in Frage.

Die Affäre Hipp.

Die bayerische Volkspartei gibt zu.

München, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Wahrheit der politischen Enthaltungen gegen den bayerischen Volksparteiführer Dr. Hipp, Oberbürgermeister in Regensburg, wird nunmehr vollumfänglich bestätigt, und zwar durch einen Artikel in der Montagsausgabe des „Regensburger Anzeiger“, des Beiblattes des Ministerpräsidenten Dr. Held. Hierin wird die kompromittierende Mitarbeit Dr. Hipps am „Regensburger Echo“ unter dem Pseudonym „Argus“ glatt zugegeben. Sie wird aber mit der „begreiflichen Nervosität“ des Herrn Oberbürgermeisters zu entschuldigen versucht, in der er sich in der damaligen Zeit wegen der Häufung von Angriffen und anderen Schwierigkeiten befunden haben soll. Zusammen mit dieser Betätigung erscheint nunmehr der ganze Zeitbestand des politischen Skandals durch folgende Erklärung des „Regensburger Echo“ eindeutig festgestellt:

„Wir stellen fest, daß Dr. Hipp, nachdem er dem Besieger des „Regensburger Echo“ erklärt hat, daß ihm die Schreibweise des „Argus“ sehr gefällt, aus eigenem Willensentschluß druck-

fertige Manuskripte für den „Argus“ anfertigte und dieselben durch einen Amtsboden in die Redaktion des „Echo“ sandte. Darin waren nicht nur persönliche Interessen vertreten, und zwar wurde nicht nur der Sozialdemokrat am Zeuge gefickt, auch die eigene Partei und sogar sein Parteifreund Baumer wurde darin insinuiert, d. h. angegriffen.“

Bemerkenswert ist noch, daß Oberbürgermeister Dr. Hipp es bisher unterlassen hat, in einer persönlichen Erklärung oder sonstwie zu der ganzen Angelegenheit, die in politischen Kreisen, nicht zuletzt in der Bayerischen Volkspartei, großes Aufsehen hervorgerufen hat, Stellung zu nehmen.

Um den Röttewitz-Kredit.

Zuspikung im Barmat-Prozeß.

Auch die weiteren Zeugen der Staatsbank Rube, Ruggel und Breitenfeld beauftragten gestern in der Barmat-Prozeßverhandlung, daß als Zweck des Zweimillionenkredits, für den die Staatsbank die Bürgschaft übernehmen sollte, von Lange-Hegermann Verwendung in den belegten Gebieten angegeben worden ist. Von dem Röttewitz-Unternehmen sei nicht die Rede gewesen. Als Lange-Hegermann einige Monate nach dem Vorgang die Staatsbank um einen Dreimillionenkredit für Röttewitz anging, sei er in ungewöhnlich scharfer Form abgewiesen worden.

Lange-Hegermann bleibt demgegenüber bei seiner Darstellung, daß die Staatsbank unterrichtet war. Der Vorsitzende mahnt darauf Lange-Hegermann mit großer Eindringlichkeit, sich zu berichtigen. Als der Angeklagte trotz weiterer Ermahnungen bei seiner Behauptung bleibt, erklärt der Vorsitzende:

„Ich kann mir denken, daß sich jemand verrannt hat, und daß es ihm schwer wird, wieder herauszukommen. Es ist doch aber so, daß das gesamte Beweismaterial bei oberflächlicher Prüfung gegen Sie spricht. Bei den Richtern würde evtl. eine Würdigung Ihrer Person entstehen können, die Ihnen schaden würde.“ (Bewegung.)

Lange-Hegermann erwidert: Herr Vorsitzender, ich danke Ihnen für die Belehrungen und für Ihre Objektivität. (Mit erhobener Stimme.) Ich will lieber mit der Wahrheit verurteilt werden, als mit der Unwahrheit freigesprochen werden. Die Verhandlung wurde sodann auf Dienstag 9½ Uhr vertagt.

Kein französisch-chinesischer Konflikt.

Erklärungen der französischen Regierung.

Paris, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Das Außenministerium dementiert formell die alarmierenden Nachrichten über die Lage in Shanghai; es sei unrichtig, daß in der französischen Konzeption ein Brand ausgebrochen sei, ebenso seien Südruppen in die französische Konzeption nicht eingedrungen. Auch die Nachricht, daß der englische Flottenkommandant das Oberkommando über die französischen Truppen verlangt habe, wird bestritten. Die französische Konzeption werde, so wird hier erklärt, von der französisch-anamitischen Polizei, je einem Bataillon französischer Freiwilliger und Marineinfanterie, gegebenenfalls auch von anderen Truppen, die jederzeit gefunden werden können, verteidigt. Insofern verfüge die französische Konzeption zur Verteidigung einer Front von nicht ganz 10 Kilometer über 2000 Mann, und Ueberrohungen seien nicht zu erwarten.

Chamberlain wieder fester.

London, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Im Unterhaus sagte Außenminister Chamberlain, das Abkommen von Hankau sei von England einstweilen nicht genehmigt worden, vielmehr habe die Kantonregierung weiterhin Zeit und Gelegenheit, die Ordnung im Innern des Landes herzustellen und eine verhandlungsfähige Gesamtregierung zu bilden; erst wenn eine solche vorhanden sei, könne über das weitere Schicksal der internationalen Niederlassungen in Shanghai verhandelt werden. Eine weitere Preisgabe englischen Eigentums und englischer Rechte komme vorläufig nicht in Frage.

Sprech- und Bewegungschor.

Die fünfte Tanzmatinee der Volksbühne im Theater am Bülowplatz sollte den Sprechchor der Volksbühne zugleich als Bewegungschor zeigen. Sie zeigte ihn aber nicht in dieser doppelten Funktion, sondern teils als Sprech-, teils als Bewegungschor. Denn die beiden kleinen Chordirigierungen von Toller und Jech, die, durch Karl Vogt einstudiert, die Matinee eröffneten, gaben nur das Sprachliche in künstlerischer Förmlichkeit, während die Aufgabe, zu dem rhythmisch geordneten Wort eine stützende rhythmische Bewegung zu schaffen, hier noch nicht in Angriff genommen war. Die von Berthe Trümpp komponierte und einstudierte „Tönende Kugel“ aber konnte erst ein paar bescheidene Grundrhythmen zeigen: Primitive Urtaute, von rhythmischen Gruppenelementen begleitet. Das Problem des rhythmisch bewegten Sprechchors harrt also noch der Lösung. Durch längere systematische Zusammenarbeit des Sprachmeisters und der Tanzmeisterin wird sie hoffentlich zustande kommen.

Der zweite Teil der Matinee brachte fünf Darbietungen der Tanzgruppe Stornel-Trümpp. Eine leichte, stimmungsvolle Introduction „Zum zeitlichen Beginn“, Variationen über ein majestätisches Thema im strengen abstrakten Stil, ein Solo „Ungarischer Tanz“, von der Stornel in elegantester meisterhafter Technik temperamentvoll produziert, und — als Gipfelleistung — den Gruppentanz „Organisch-reigen“, zarte, blütenartige Lyrik, langsam schwebende, teils verhaltene Bewegung, in der sehr schwierigen technischen Ausführung ein kleines Wunderwerk, dem zur Verstärkung der äußeren Bühnenwirkung nur einige Kürzungen zu wünschen wären. Den Schluß bildete der „Totentanz I“, eine ältere Komposition der Wigan, von der Trümpp, der Stornel, der Maxwell und der kleinen sprühend temperamentvollen Tribell (sie tanzte die ursprüngliche von der Baloue geschaffene Partie), trotz des etwas schleppenden Schlusses eindrucksvoll produziert.

Das Hauptinteresse konzentrierte sich auf den dritten Teil des Programms. Zusammenwirken der Tanzgruppe und des — stummen — Sprechchors, der zunächst in einer Schwingstudie seine technische Schulung erwieb. Vier Teile aus dem von der Stornel geschaffenen Tanzchorwerk „Erweckung der Massen“. Als Komposition eine ganz große Leistung. In raumbeklebender Gruppeneinleitung (sie kam bei der für die Menge der Mitwirkenden zu kleinen Bühne nicht immer reiflos zur Auswirkung) in stimmungsvoller Poesie und hinreichendem dramatischem Pathos eine der bedeutendsten Schöpfungen der modernen Tanzkunst. Reich an neuen und originellen gruppen tänzerischen Motiven. Fein und klug auf die Eigenart eines Sprechchors eingestimmt. Die Mitglieder der Tanzgruppe so geschickt unter die Mitglieder des Bewegungschors verteilt, daß die Grenzen nicht bemerkbar wurden und eine vollkommen einheitliche künstlerische Wirkung zustande kam. Durch abwechslungsreichere und suggestivere Beleuchtung hätte der Gesamteindruck noch verstärkt werden können. Die technische Durchbildung und die Gruppenhygiene des Sprechchors zu einer Vollendung gebracht, die kaum noch zu übergreifen

ist. Mit diesem von der Trümpp in relativ kurzer Zeit geschulden tänzerischen Material kann man getrost an die Bewältigung der größten und schwierigsten Aufgaben gehen.

Hoffentlich wird die so ausrichtsreich begonnene Arbeit nunmehr in systematischem Zusammenwirken der beiden leitenden Persönlichkeiten rasch zum erstrebten Ziel führen. Auf das zum neuen körperlich-rhythmischen Bewegungsstil sich der strenge Stil des gesprochenen Wortes gefiel. Voraussetzung dafür ist allerdings eine Norm der Texte, die sich dem künstlerischen Charakter des bewegten Sprechchors besser einfügt. Rhythmisch geordnete, knappe, suggestiv Stimmung schaffende Worte und Auszüge für den Chor. Längere, gerundete Sätze nur für die (möglichst spärlich vorkommenden) Einzelsprecher, deren Rollen bis auf weiteres vielleicht nicht laien, sondern Künstlern anzuvertrauen wären. Auf diesem Wege könnte die Volksbühne zur Schöpferin eines neuen, wahrhaft zeitgemäßen und volkstümlichen (eigenen) Kunststils werden. Die Grundlagentexte sind gelegt. Das hat diese mit reichem Beifall aufgenommene Matinee bewiesen. John Schilowski.

Eine musikalische Morgenfeier im Rahmen der siebenbürgischen Volkskunstausstellung wurde vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht veranstaltet. Der große Ausstellungsraum mit den schönen Arbeiten aus dem Siebenbürgener Land, prächtigen farbenfrohen Teppichen und Stückerien, wie sie im Volksort dort angefertigt werden, aber auch mit Bildern und Graphiken von in Siebenbürgen gebürtigen Künstlern, die längst internationalen Ruf genießen, umrahmte — in wirklichstem Sinne — die Darbietungen aufs Stimmungsvollste. Es kamen durchweg ernst zu wertende Künstler zu Gehör. Gerhard Jekelius, der schon mehrfach in Berliner Veranstaltungen lang, brachte „Wieder aus alter Zeit“, später Duette mit Frau Jekelius-Lihmann. Der volkstümliche Ton kam dabei der Sängerin zustatten. In Schubert-Liedern dagegen klang ihr Sopran in der Höhe spitz und gequält. Erna Honigberger bot mit ausnehmend gespieltem Tartini-Beethoven-Variationen über ein Thema von Corelli, eine beachtenswerte Leistung. Ihr kraftvoll männlicher Beigenton gab dem Virtuosenwert eine sympathische Herbeheit. Mit der Appassionata von Beethoven hatte sich Selma Honigberger ein Ziel gesetzt, das sie noch nicht erreichen konnte. Dieses inhaltsschwere Werk dürfte nur selten einem sehr jungen Menschen ganz zugänglich sein. Die Vortragende hätte ihr ausgenutztes Talent in einer anspruchsvolleren Komposition besser zur Schau stellen können.

Dr. Magnus Hirschfeld distanzierte im Blüthner-Saal über „Sexuelle Tagesfragen“. Er hatte seinen Vortrag aufgebaut auf Anfragen, die ihm aus dem Publikum zugegangen waren. Dabei ergab sich wieder, daß sexuelle Probleme zum großen Teil Hand in Hand gehen mit sozialen Problemen. Ganz allgemein wird hingestrichelt auf eine Ehegesundheitsreform, da die gegenwärtigen Ehegesundheitsgesetze zu den moralisch verlogenen Gesetzen des ganzen BGB gehören. Daneben sind die Fragen der Geburtenregelung und der freien Ehe aktuell. Auch hier ist dringend Forderung der Geleise nötig. Heute geschieht es noch immer wieder, daß Eltern, die ein Brautpaar beherbergen, wegen Ruppel angezigt und bestraft werden. Und da die wirtschaftlichen Verhältnisse zur-

zeit Eheschließungen oft unmöglich machen, ist hier nachbarschaften Denunzianten ein ergiebige Feld bereitet. Wesentliche Gesetzreformen sind auch auf dem Gebiete der Homosexualität nötig, da in Deutschland noch immer homosexuelle Männer, in Oesterreich sogar Männer und Frauen als Verbrecher behandelt werden können. Dr. Hirschfeld wies darauf hin, daß es nur ein Verbrechen für Homosexuelle gibt: das Eingehen einer Ehe. Der sehr gute Besuch des Vortrages und die rege Fragestellung in den Pausen zeigte, wie lebhaft das Interesse aller Volksschichten an diesen Problemen ist, die im neuen Gesetzentwurf so wenig zeitgemäß behandelt worden sind.

Eine pädagogische Osterfeierung. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mittelt, veranstaltet am 12. und 13. April das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht eine pädagogische Osterfeierung mit dem Thema „Die Aufgabe des Lehrers in der Erziehungsgemeinschaft von Schule und Haus“. Es sollen in erster Linie die Möglichkeiten einer Einwirkung des Lehrers auf die Eltern in Erziehungsfragen des schulischen und häuslichen Lebens sowie seine Vorbereitung für diese Aufgabe behandelt werden. Meldungen zur Teilnahme sind umgehend schriftlich an die Geschäftsstelle des Zentralinstituts (W 35, Potsdamer Str. 120) zu richten. Teilnahmegebühr: 2,50 RM. Die Veranstaltungsorte sind in Heft 6 des Zentralblattes für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen einzusehen.

Die Kirche als Theater. Die Stadtverordneten in Mühlhausen (Thüringen) beschließen, da die Verhältnisse im bisherigen Mühlhäuser Stadttheater unhaltbar geworden sind und das Geld zu einem Theaterneubau fehlt, die historische Kornmarktkirche in Mühlhausen, ein architektonisch interessantes Gebäude, zu einem Stadttheater umzubauen. Der Umbau, der mit 300 000 Mark veranschlagt worden ist, soll noch in diesem Jahre vollendet werden.

Eine isländische Sinfonie. Von isländischer Musik wissen im Auslande nur wenige, abgesehen schon die alten „Foliesänge“ und „Reinweisen“ dieses Volks eine Fundgrube interessanter Musik und teils ganz modern anmutender Tonführungsarten (Quintengesänge) bieten. Aber wie allenthalben auf der Insel, seitdem sie politisch zu größerer Selbstständigkeit gelangt ist, Anfänge eines frischen kulturellen Lebens austauschen, so auch neuerdings auf musikalischem Gebiet. So gelangte dieser Tage in den bekannten Bochumer Sinfonieorchestern unter Leopold Reichweins Leitung eine „Sinfonische Trilogie“ von Jon Leifs, einem jungen Isländer, zu Gehör. Die drei Sätze der Komposition spielen sich in 15 Minuten ab.

Vorlesung Walter o. Mo. Der 6. Autorenabend der Volksbühne findet Mittwoch, abends 8 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses, Eingang Königsstraße, statt. Einlaßkarten zum Preise von 60 Pf.

Helarich Leich liest am 21. abends 8 Uhr, in der Aula der Kaiser-Rathenau-Schule, Neußeln, Bobbinger, 33-41. Was eigenen Werken? von Karlen van Brede von 80 Pf. in der Stadtbücherei Neußeln, Ganshofenstraße 3-5, während der Öffnungszeiten, im Volksbildungsaal, Rathaus, Zimmer 257, und an der Abendkasse.

Eine Postler Montmartre-Truppe in Berlin. Unter Leitung von Erich Boher, dem Direktor des Berliner Kabarett-Rodambulet wird Anfang April im Renaissance-Theater eine Auswahl der besten Montmartre-Kabarettisten in einer kleinen Revue „Tu vorras Montmartre“ ein schlagziges Gastspiel geben.

Der Reichswehretat vor dem Reichstag.

Genosse Schöpplin begründet das sozialdemokratische Misstrauensvotum gegen Gefler.

Die gestrige Sitzung des Reichstages wurde um 1 Uhr vom Vizepräsidenten Nieber eröffnet. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Reichswehretats.

Abg. Stücken (Soz.) gibt als Berichterstatter den Bericht über die Verhandlungen des Haushaltsausschusses.

Abg. Schöpplin (Soz.):

Die Ausgaben des Reichswehretats stehen in diesem Jahre noch viel mehr als in den früheren Jahren im schrecklichen Mißverhältnis zu der Finanzlage des Reiches. Die gemäßigtesten Operationen werden gemacht, um den Etat einigermaßen zu balancieren. Von den Regierungsparteien werden dort Abstriche vorgenommen, wo es sich um die wichtigsten Kulturarbeiten handelt, die ohnehin schon seit Jahren zu kurz kommen, aber diese Parteien zeigen nicht denselben Eifer, Abstriche zu machen bei der Reichswehr. Nimmt man die gegenwärtige wirtschaftliche Lage hinzu, die auch für die nächste Zeit noch keinen Aufschwung verspricht, bedenkt man die riesige Arbeitslosigkeit, den außerordentlichen Mangel an Fortschritten auf sozialpolitischem Gebiet, weil angeblich kein Geld da sei, dann fällt das Mißverhältnis zwischen den Ausgaben für die Reichswehr und Kulturzwecke noch mehr auf. Im Ausschuh haben wir alle diese Bedenken mit dem größten Nachdruck hervorgehoben, der Reichswehretat hat unsere schärfste Beurteilung erfahren und wir werden das, was sich in diesem Jahre im Ausschuh abgespielt hat, im nächsten Jahre fortsetzen müssen, weil die Ausgaben für Heer und Marine nach den Wünschen der Herrensleitung und der Regierungsparteien noch weiter gesteigert werden sollen.

Wo blieb bei diesem Etat die starke und beherzigenswerte Ermahnung des Finanzministers zur Sparsamkeit?

Die Regierungsparteien streichen eine halbe Million nach der anderen, wenn es sich um soziale Zwecke handelt. Sie streichen die Mittel zur Behebung der Jugendkriminalität. Sie streichen sogar 5 Millionen für Kindererziehungen. (Sehr wahr, hört! b. d. Soz.) Hier bringen sie es fertig, wo es sich um fast 700 Millionen handelt, ganze 7 Millionen abzustreichen. 5 Millionen also Zurückhaltung für arme Kinder, beim Reichswehretat wird bei jeder Mark 1 Pfennig gestrichen.

Wir haben nachgewiesen, daß 60 bis 70 Millionen gestrichen werden können, ohne daß die Interessen der Reichswehr irgendwie geschädigt oder sie in der Erfüllung ihrer Aufgaben behindert wird.

Denn der Etat ist ganz erheblich überfordert. Wir könnten die Streichung mit 80 bis 70 Millionen selbst dann noch vornehmen, wenn die Reichswehr die drei Waffen hätte, die ihr genommen worden sind, nämlich die Tanks, die Luftfahrt und die schwere Artillerie. Daß die Militärs mit Zähnen und Klauen an ihren Forderungen festhalten, darüber brauchen wir uns nicht zu wundern. Die Herren vom Militär haben in allen Ländern ein einnehmendes Wesen. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Wir nehmen keinen Anstand zu sagen, daß der Verkauf der Verhandlungen über die Abrüstung wenig erfreulich ist. Die Abrüstung ist aber eine derartige Notwendigkeit, daß wir Sozialisten mit aller Schärfe darauf drängen müssen, daß in dieser Frage endlich ein ernsthafter Schritt unternommen wird. Es ist die Pflicht aller Völkerverbündeter, die Abrüstung energisch zu betreiben. Es ist eine dauernd zur Beunruhigung beitragende Last, daß den zwei Staaten, die in Zentraluropa gelegen sind, Deutschland und Oesterreich, Rüstungsbeschränkungen auferlegt worden sind, die einen außerordentlich schändlichen Charakter tragen, daß aber die andere Seite nicht entsprechend an die Abrüstung herangeht. Wir verlangen nicht etwa Freiheit der Aufrüstung für Deutschland, sondern unsere Rüstungsbeschränkungen sollen auch für die anderen gelten. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Reichswehr und Republik.

Wir hätten erwarten müssen, daß die Beschwerden, die gegen die bisherige Stellung der Reichswehr zum neuen Staat vorgebracht worden sind, in schnellerem Tempo als bisher beseitigt würden. Nach außen hin bildet die Reichswehr keine Gefahr, aber sie kann zu einer Gefahr nach innen werden. Die Tatsache bedarf der schärfsten Aufmerksamkeit der gesetzgebenden Versammlung der deutschen Republik.

daß wir in der Reichswehr ein Offizierskorps haben, das in seiner übertriebenen Mehrheit heute noch monarchistisch eingestellt ist.

Ingefaßt der Provokation, die General Seeckt mit der Einstellung des Hohenzollernprinzen in die deutsche Reichswehr am ganzen deutschen Volke begangen hat, haben wir die ernsteste Pflicht, mit der größten Wachsamkeit alle Vorgänge bei der Reichswehr zu beobachten. Die Truppe ist das, was die Regierung will. General Heyne hat im Ausschuh gesagt, es komme auf die Führer an, die anderen hätten zu gehorchen. Seit Seeckt und Reinhardt haben wir aber alle Hoffnungen auf die Entwicklungsfähigkeit der Offiziere begraben, im Gegenteil, mehr als früher ist Ansehensverlust durch Misstrauen gegeben.

Der Reichswehrminister hat sich für die Beibehaltung des jetzigen Werbesystems ausgesprochen, das in der Hand des Kompanieführers liegt. Wir verlangen eine Aenderung dieses Systems und verweisen auf die Marine, wo die Werbung nicht von den Kapitänen, sondern im ganzen von zwei Stationen vorgenommen wird. Man darf sich über den Geist, der im Offizierskorps der Reichswehr herrscht, um so weniger wundern, als man immer mehr dazu übergeht,

den Offiziersstand aus sogenannten Traditionsfamilien zu nehmen, bei denen eine feindselige Einstellung zum gegenwärtigen Staat herrscht.

Wir wenden uns ganz entschieden auch gegen diese Methode. Wir kämpfen nicht gegen, sondern um die Reichswehr. Wir halten eine gewisse Wehrmacht für notwendig, um die Exekutive auszuüben und im Notfall die Grenze zu schützen. Die Sozialdemokratie hat immer daran mitgearbeitet, um die Reichswehr zu einem Instrument der Republik zu machen, das nur dem Staat, aber keiner Partei und keiner politischen Richtung dienstbar ist. Aber wir sind ebenso weit davon entfernt, zusehen zu wollen, wie die Entwicklungstendenz bei der Reichswehr zum Schaden des gegenwärtigen Staates und seiner Zukunft verläuft.

Misstrauen gegen Gefler!

Wir haben gegen den Reichswehrminister einen Misstrauensantrag eingebracht, weil wir in ihm nicht den Mann sehen, der mit Nachdruck, Konsequenz und Energie den Mängeln in der Reichswehr beizukommen sucht. Wir mühten zu diesem schärfsten Mittel des parlamentarischen Protestes schreiten aus der Sorge heraus, daß jedes Organ des Staates auch dem Staat frei und ehrlich dienen muß.

Wir erwarten im Interesse der inneren und auch der äußeren Entwicklung, daß der Reichswehrminister im nächsten Jahre endlich wahrmacht, was er versprochen hat, daß er mit diesen Mißständen aufräumt, die in keiner Weise geeignet sind, die weitere Entwicklung des Reiches zu fördern. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Graf v. d. Schulenburg (Dnat.) erklärt, daß im Wehretat nur das angefordert worden sei, was für die Landesverteidigung dringend geboten war. Ganz Frankreich stelle sich in den Dienst der Landesverteidigung und blicke die Errichtung von Befestigungswerken von Düren bis nach Rülhausen. Nur von Deutschlands Sicherheit dürfe niemals die Rede sein. Wir seien das in Ketten gekettete Volk zweiter Klasse. Alle Vorwürfe gegen die Reichswehr und ihr Offizierskorps fallen in ein Nichts zusammen gegenüber der Tatsache, daß die Reichswehr in kritischen Zeiten der feste Halt der Ordnung und Autorität gewesen sei. Wie stelle man sich nun eine Republikanisierung der Reichswehr vor? Sollen alle die Offiziere und Beamten befristet werden, die im Kaiserreich gedient haben? Der heutige Staat würde diese Erfüllung nicht ertragen.

Abg. Erling (Z.) führt aus, daß die Reichswehr ein Instrument der Politik und der Regierung gebilligter Politik sei. Das offene Bekenntnis des Generals Heyne, daß die Offiziere der deutschen Republik dienen wollen, habe gute Aufnahme gefunden.

Deutschland sei berechtigt, die Frage zu erheben, wann die anderen abzurufen gebeten.

Wir dürfen nicht eher ruhen, als bis die Abrüstung einheitlich durchgeführt ist. Die hohen Kosten seien eine Folge der Bestimmungen des Versailler Vertrages über das Ausstellen der Wehrmacht. An den Besatzungskosten könnte gespart werden, wenn man uns nicht zwingen würde, die Soldaten 12 Jahre dienen zu lassen. Zur Frage der Rekrutierung betonte der Redner, daß die in den letzten Jahren übliche Art künftig nicht mehr beibehalten werden könne.

Darauf wird die Beratung unterbrochen, um die Abstimmungen zum Haushalt für die besetzten Gebiete nachzuholen. Der Haushalt wird in der Form angenommen, die ihm die Ausschuhbeschlüsse gegeben haben. Abgelehnt wird ein sozialdemokratischer Antrag, 70 Millionen Mark für durch den Ruhrkampf geschädigte Arbeiter, Angestellte, Kleinrentner u. d. l. zu bewilligen. In zweiter und dritter Lesung angenommen wird auch das Besatzungsleistungsgesetz.

Die Beratung des Wehretats wird darauf fortgesetzt.

Reichswehrminister Dr. Gefler:

Das englische Volk gibt 3 1/2 Proz. seines Volkseinkommens für seine Sicherheit aus, die Franzosen ebenfalls 3 1/2 Proz. Die höchste Sicherheitsprämie zahlt Italien mit 4 Proz. Deutschland wendet dagegen nur 1 1/2 Proz. für seine nationale Sicherheit auf. Das Budget des englischen Heeres mit 166 000 Mann beläuft sich auf 800 Millionen Mark. Pro Kopf berechnet, ist das englische Heer teurer: ungefähr 4800 Mark auf den Mann, bei uns ungefähr 4000 Mark; es ist interessant, aus Ansehungen im englischen Parlament zu ersehen, daß diese riesigen Militäraufgaben auch für reiche Völker schließlich untragbar werden. Daraus ergibt sich zwingend, daß die deutsche Regierung loyal und mit der größten Gewissenhaftigkeit den allgemeinen Abrüstungsbemühungen folgt. Aus den Ziffern bitte ich den Schluss zu ziehen, daß unser Etat in keiner Weise überfordert ist.

Es hat sich eben nichts abstrahlen lassen, und läßt sich nichts abstrahlen.

Es ist ein Irrtum, daß etwa ein Mißbehalt billiger kommen würde. Das würde vielmehr geschultes Personal erfordern. Die Franzosen sind jetzt bei der Durchführung ihrer Heeresreform sofort dazu übergegangen, ihre verbrauchten Soldaten auf 600 000 Mann zu vermindern. Rein finanziell gesehen, ist unser System relativ das billigste, nicht das teuerste. Eine allgemeine Bewaffnung des Volkes mit einem entsprechenden Lehrpersonal ist entsprechend teurer.

Aber es muß einmal offen ausgesprochen werden, es ist ausgeschlossen, daß wir in unserem System auf die Dauer leben, denn wir können nicht bei einem Angriff auf unseren Staat uns beliebig verstärken; ein Zusammenarbeiten mit neu aufzustellenden Formationen würde ganz ausgeschlossen sein.

Deshalb müssen wir fordern, daß die anderen Völker auf das System abzurufen, das Deutschland zwangsweise auferlegt ist. Was steht denn in den Wilsonschen 14 Punkten? Daß jedes Land die Heeresmacht haben soll, die nötig ist zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Wir sind auf das System festgelegt, das uns einen längeren Kampf mit unseren Nachbarn zu unserer Verteidigung völlig aussichtslos macht. Wenn Sie bedenken, daß England für seine Luftwaffe vielmehr ausgibt, als wir für unsere Armee, und wenn Sie bedenken, welche ungeheure Kraft Frankreich in seiner Luftflotte hat, so dürfen wir uns keinen Illusionen hingeben, daß das, was wir mit unserem Heere schaffen können, nur ein ganz bescheidener Grenzschutz ist. So können die Dinge aber nicht bleiben!

Entweder allgemeine Abrüstung, oder auch wir müssen in die Lage verkehrt werden, unseren Gegnern mit gleichwertigen Waffen gegenüber zu treten. (Sehr wahr! rechts.)

Etwas anderes ist ganz ausgeschlossen, es ist ganz unmöglich, daß ein Staat wie Deutschland, das Mitglied des Völkerbundes ist, auf dem Stande eines Indianerstammes zurückgehalten wird. Da liegt unsere Politik ganz klar vor uns.

Ein wichtiges politisches Ereignis für uns ist ferner das Ende der Interalliierten Militärkontrollkommission gewesen. Ich sehe darin einen großen Erfolg unserer Außenpolitik. Der Minister wandte sich dann den inneren Verhältnissen der Reichswehr zu. Diese sind, so führte der Minister weiter aus, Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen gewesen. Es besteht kein Zweifel daran,

daß die Frage des Mannschaftserlasses von höchster, nicht nur militärischer, sondern auch staatspolitischer Bedeutung ist.

Ich darf aber wohl feststellen, daß in voller Übereinstimmung aus den Reden von rechts und links hervorgegangen ist, daß jeder es ablehnt, daß das Heer zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht wird. In der Theorie sind wir einig. Bestritten ist lediglich die Praxis, und da hat der Abg. Erling ganz richtig gesagt, man müsse bei den Angriffen auf die Reichswehr scharf zwischen denjenigen unterscheiden, die überhaupt keine Wehrmacht wollen — mit denen ist überhaupt nicht zu diskutieren — und denjenigen, die der Auffassung sind, daß der moderne Staat eine Wehrmacht braucht. Wenn von der einen oder anderen Seite ernste Besorgnisse geltend gemacht werden, so haben wir die Verpflichtung, sie gewissenhaft zu prüfen. Wir müssen also alles tun, um aus diesen Schwierigkeiten herauszukommen.

Diese Schwierigkeiten liegen in der deutschen Vergangenheit und sind teilweise wohl auch Ursache zu dem Misstrauensantrag, den der Abg. Schöpplin namens seiner Partei mir gegenüber zum Ausdruck brachte. Ich nehme dieses Misstrauensvotum der Sozialdemokratie, in deren Reihen ich viele persönliche Bekannte habe, durchaus nicht leicht. (Lachen b. d. Komm.) Aber ich halte das Urteil für ungerecht.

Der große Unterschied zwischen Ihnen (zu den Sozialdemokraten) und mir ist der,

daß ich niemals den Versuch gemacht habe, an irgend eine republikanische Ideologie im Heere anzuknüpfen.

Sondern ich habe angeknüpft an das, was immer der Stolz des deutschen Soldaten gewesen ist: Pflicht und Treue zu dem geleisteten Eid. In die sem Unterricht wird das deutsche Heer erzogen. Es ist sehr schwer, in der republikanischen Ideologie sich zurecht zu finden. (Zuruf rechts: Sehr

richtig!) Der Riß geht durch Ihre (b. d. Soz.) Partei hindurch, nicht durch das Heer. Wir wissen im Heere genau, was wir wollen. (Zuruf: Sehr richtig links.) Und damit komme ich auf den Artikel des Generals Reinhardt. Der General Reinhardt sucht den Angelpunkt des Mißverständnisses zwischen Wehrmacht und demokratischer Partei; er will den Grund dieses Mißverständnisses beseitigen. Er sagt u. a.: Wir wissen, daß der beste Teil der deutschen Demokratie durchaus auf dem Boden der Landesverteidigung steht. Und nun kommt der Satz, der nach eigenem Zugeständnis des Generals Reinhardt mir gegenüber unglücklich formuliert ist. Er wollte sagen: Man findet bei der Wehrmacht nicht den warmen Ton für die nationale Verteidigung. (Abg. Dr. Haas (Dem.): Das ist nicht wahr!) Ja, Sie Herr Dr. Haas, haben den warmen Ton gefunden. Aber in der „Hilfe“ steht ganz etwas anderes geschrieben. (Zuruf b. d. Dem.) Wenn ein Politiker von der Bedeutung des Herrn Erling (Heiterkeit) da so etwas schreibt, so findet das Beachtung.

Und noch ein Drittes. Sie wollen Misstrauen für eine notwendige Tugend. Da haben Sie recht: Man soll überhaupt mißtraulich sein, aber das bei jeder Gelegenheit betonen ist ganz falsch. Und ich bin der Auffassung, daß letzten Endes das alte Reich zugrunde gegangen ist an zwei Dingen. An Misstrauen in entscheidenden Fragen; daß es nicht verstanden hat, der Arbeiterschaft Vertrauen einzulösen. Man kann mit der ständigen Betonung von Misstrauen keine Politik machen. Auf diesem Wege werden Sie das Heer nie gewinnen. Sie können das Heer zerlegen, aber Sie werden es nie gewinnen. Es will einmal auch geliebt sein. (Sehr richtig!)

Sie dürfen nicht den Zivilminister bei seiner Truppe als lächerlichen Popanz darstellen, wie es mir jahrelang gegangen ist. Wir haben alle die Hemmnisse und Schwierigkeiten der schweren Zeit mittragen müssen; es ist unendlich schwer gewesen, in diesem Chaos der parlamentarischen Entwicklung und der Regierungskrisen einen geraden Kurs zu steuern. Ich nehme für mich das Verdienst in Anspruch, einen geraden Kurs gefahren zu haben.

Run zur Frage der Einstellung von Offizieren und Mannschaften! Wir vertreten den Standpunkt: Der Offizier, jeder Kommandeur ist verantwortlich für seine Truppe. Infolgedessen kann ihm kein Ersatz nicht aufgezwungen werden. Dieser Standpunkt war leicht festzuhalten, solange Ersatz nicht genügend gekommen war. Er konnte nicht durchgehalten werden, als wir in das andere Extrem lamen. Jetzt haben wir 250 000 Anmeldungen im Jahr und achttausend Leute können wir nur nehmen. Das an zwei Stellen zu zentralisieren, scheint mir praktisch unmöglich. Das würde auch gar nichts nützen.

Wir müssen also daran festhalten, daß der Truppenkommandeur die Verantwortlichkeit für die Einstellung seiner Leute hat.

Wir erkennen aber durchaus an, daß nicht verfassungswidrliche Elemente eingestellt werden dürfen. Deshalb ist verfügt, daß keine Einstellung erfolgt, wenn nicht von der Polizeibehörde das verfassungsmäßige nicht zu beanstandende Verhalten der betreffenden bestätigt ist. Ich bin mir freilich klar, daß dies nicht in allen Fällen ausreicht wird. Die Frage des Offiziererlasses ist von mir neu geregelt. Der Kommandeur ist verantwortlich für die Einstellung seiner Offiziersaspiranten. Das ist überall so; aber wir verlangen eine sorgfältige Kontrolle und ein Aufsichtsrecht. Wir prüfen nach, bevor die Einstellung erfolgt.

Besonders brüderlich ist das Verordnungsweesen. Es geht nicht an, daß die Leute nach zwölfjährigem Dienst jahrelang auf der Straße liegen. (Sehr richtig! rechts.) Es ist nicht unbegründet geblieben, daß die Krankenkassen sich gewetert haben, Militärärzten annehmen. (Hört! hört! links.) — Unruhe links.) Es ist charakteristisch, daß republikanisch gekommene Offiziere bei den Krankenkassen keine Stellung finden. (Zuruf: links.) Die preußischen Könige waren vielfach gute Soldaten und sorgten für die nötigen Einrichtungen bei der Schaffung der Wehrmacht. Sie werden meine Bemerkungen so auffassen, wie sie gemeint sind. (Unruhe links.)

Ich blide auf meine Amtszeit mit Befriedigung zurück. (Auf links: Sieben mögere Jahre!) Es sind Jahre des Schaffens gewesen, wo ich unbeirrt meinen Weg gehen konnte. Ich bin der Auffassung, daß die Reichswehr ein geistiger, staatsreuer Körper ist, der nichts tut als seine Pflicht erfüllen und sich in diesem Staate wohlfühlen will.

Abg. Brüninghaus (D. Sp.) behauptet, daß durch die Ausführungen der Linkspresse und ihre Kritik am Reichswehretat im Auslande der Eindruck erweckt worden sei, als ob nun in Deutschland wieder zum Kriege gerüstet werde. Die Verhandlungen im Ausschuh hätten doch ergeben, daß keine schwarze Reichswehr oder ähnliche Dinge beständen. Auch die Behauptungen einiger demokratischer Blätter, daß in den früheren Jahren schwarze Fonds bei der Reichswehr bestanden hätten, seien nach der Vorlegung der Jahresrechnungen als falsch erwiesen worden. Man solle doch nicht glauben, daß man heute mit Rechtsgründen gegen die Gewalt oder mit Heugabeln gegen Waldmännchen kämpfen könne. Deshalb sei der Ausbau des Heeres im Rahmen der Bedingungen des Friedensvertrages notwendig.

Gegenüber Polen dürfe man sich nicht auf den Völkerbund verlassen, die Polen hätten doch Wilson genommen und sie läßen noch heute dort.

Abg. Creutzburg (Komm.) bezeichnet einige Ausführungen des Reichswehrministers als Unwahrheit. Die Zustimmung der bürgerlichen Parteien zum Etat der Reichswehr bestätige die Auffassung, daß es sich dabei um ein Instrument zur Führung imperialistischer Kriege handle.

Abg. v. Rittshofen (Dem.) stellt fest, daß die Erwartungen, die bei der Gründung der Reichswehr gehegt worden sind, daß sie in enger Verbindung mit dem Volke stehen werden, nicht in Erfüllung gegangen seien. In der Reichswehr sei nicht alles so geordnet, wie es im Interesse des deutschen Volkes entspreche. Die Anregung der Sozialdemokratie, dem Reichswehrminister einen Staatssekretär zur Seite zu geben, sei durchaus begründet. Es müsse doch damit gerechnet werden, daß der Minister einmal an der Ausübung seines Amtes behindert sei und in diesem Falle müsse ein verantwortlicher politischer Vertreter zur Stelle sein. Der Chef der Obersten Heeresleitung dürfe nicht in die politische Arena steigen. Die allergrößte Bedeutung habe die Frage des Erlasses der Reichswehr in der Zukunft, die vom Standpunkte der Erfordernisse der Republik gelöst werden müsse.

Aus republikanischen Kreisen komme keine Anmeldung mehr für das Offizierskorps, weil man sich dort sage, es habe ja doch keinen Zweck, die freien Stellen würden nur mit Unwürdigen der Rechtskreise besetzt.

Auch das System der Anwerbung von Mannschaften durch den Kompaniechef sei unhaltbar, es führe dahin, daß nur Mitglieder der Rechtsverbände Einlaß in die Reichswehr finden.

Der Redner erklärt, daß die demokratische Fraktion gegen das Misstrauensvotum stimmen werde, da sie schon bei der Vorstellung der neuen Regierung ihre Stellung durch ein Misstrauensvotum zu erkennen gegeben habe und keine Veranlassung vorliege, das bei jeder Gelegenheit zu wiederholen.

Reichswehrminister Gefler bemerkt, daß er sich wegen seiner Ausführungen über einen Artikel des Abg. Erling in der „Hilfe“ mit diesen persönlich auseinandersetzen werde.

Am 8 Uhr verläßt das Haus die weitere Beratung auf Dienstag nachmittags 1 Uhr.

Der Kampf um den Achtstundentag.

Konferenz der Berliner Betriebsräte.

Wir wissen nicht, ob die Unternehmer mit ihren Protesten gegen das Rotgesetz des Bürgerblocks, gegen das von den Volksparteilern und den Deutschnationalen gemachte Gesetz zur Herstellung des Zehnstundentages nur Theater spielen, bestimmt, eine Entlastungsoperation zugunsten der christlichen Gewerkschaftsvertreter zu veranstalten, oder ob sie bei diesem Spiel mit verteilten Rollen die Öffentlichkeit zu ihren Gunsten zu beeinflussen hoffen.

Nach der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und dem Reichsverband der Deutschen Industrie kommt jetzt der Arbeitgeberverband für den Großhandel, um seine nur tamisch wirkende Veremiade gegen diese „Mißgeburt“ loszulassen. Morgen werden wahrscheinlich die Banken aufmarschieren, die den finanziellen Zusammenbruch Deutschlands — bei dem sie seinerzeit als Fachleute so tatkräftig mitgewirkt haben — prophezeihen werden. Je nach Bedarf und Wunsch einer kleinen, aber mächtigen Clique im Unternehmerlager werden die verschiedenen Unternehmerorganisationen ihre verschiedenen Syndikate beauftragen, im selben falschen Pathos gegen einen Entwurf zu Felde zu ziehen, dessen Zustandekommen sie gleichzeitig mit allen Mitteln betreiben.

Wen glauben die Unternehmer mit solchen Spiegelfechtereien zu täuschen? Sicherlich nicht die Regierungsparteien. Die christlichen Gewerkschaftsvertreter zu täuschen, haben sie nicht mehr nötig. Wenn die Unternehmer aber glauben, mit diesem vertöglichen Gerede, mit dem sie sich selbst um jeden ernsthaften Kredit in der Öffentlichkeit bringen, die Arbeiterschaft täuschen zu können, wenn sie insbesondere glauben, den Kampf der Gewerkschaften damit abzustoßen, dann zeugt das von einer Unfähigkeit im Urteil, die selbst bei deutschen Unternehmern übersehen muß.

Der Kampf um den Achtstundentag geht weiter. Er wird von den Gewerkschaften mit aller Schärfe trotz Rotgesetz und Bürgerblock bis zum siegreichen Ende durchgeführt werden.

Der Ortsausschuß Berlin des ADGB, und das AFA-Ortskartell hatten zu Sonntag vormittag nach dem Reichswirtschaftsrat eine Konferenz der Berliner Betriebsräte einberufen, die sich mit der jetzt heiß umstrittenen Frage der Arbeitszeit beschäftigte. Der Referent, Genosse Körpel vom Vorstand des ADGB, gab einleitend einen historischen Ueberblick über die Bestrebungen der internationalen Arbeiterbewegung zur Erreichung des achtstündigen Arbeitstages.

Daß der deutschen Arbeiterschaft 1918 der Achtstundentag ziemlich mühselos in den Schoß fiel, war gewissermaßen ein Verhängnis für sie, denn sie wurde sich dadurch der Wichtigkeit dieses Erfolges gar nicht recht bewußt. Als dann durch die Geldentwertung auch die Schlagkraft der Gewerkschaften gelähmt wurde und die Arbeiter in großer Zahl den Gewerkschaften den Rücken kehrten, gelang den Unternehmern der große Wurf, den ihnen so verhassten Achtstundentag zu beseitigen.

Am 21. Dezember 1923 wurde die berüchtigte Verordnung über die Arbeitszeit erlassen, die in ihrem § 1 den Achtstundentag zwar grundsätzlich anerkennt, ihn aber praktisch durch die Ausnahmebestimmungen der übrigen Paragraphen wieder aufhebt. Genosse Körpel ging näher auf die Arbeitszeitverordnung ein, wie auch auf die folgenden Verordnungen auf Grund des § 7 der Arbeitszeitverordnung, und erörterte dann die Forderung der Spingewerkschaften auf Schaffung eines Arbeitszeitgesetzes. Nach der Veröffentlichung dieses Rotgesetzeswurfs kam es, wie selber gewöhnlich bei ähnlichen Gelegenheiten, zu den üblichen Angriffen der Kommunisten auf den ADGB. Die Kommunisten konnten nicht laut genug schreien über den „Verrat der Gewerkschaften“, während jedoch bei der Annahme des Rotgesetzeswurfs der Gewerkschaften der Achtstundentag wieder hergestellt sein würde.

Der Referent unterzog dann den Entwurf des Arbeitszeitgesetzes und den ersten Rotgesetzeswurf der Regierung einer vernichtenden Kritik. Nachdem der erste Rotgesetzeswurf der Regierung bei der gesamten, auch der christlichen Arbeiterschaft, einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen hatte, arbeitete man hinter den Kulissen einen neuen aus. Der jetzt vorliegende Entwurf ist jedoch so abgefaßt, daß es fast unmöglich ist, zu erkennen, was an ihm recht oder unrecht ist. Die Beratungen über das Arbeitszeitproblem zeigen jedenfalls, daß in absehbarer Zeit eine Regelung der Arbeitszeit in einer für die Arbeiterschaft annehmbaren und im Interesse der Volkswirtschaft liegenden Art von dieser Regierung nicht zu erwarten ist. Die Arbeiter werden alle Energie ausbieten und sich selbst für die Verkürzung der Arbeitszeit einsetzen müssen. Die Tatsache, daß von etwa 22 Millionen Arbeitnehmern in Deutschland

nur rund sechs Millionen gewerkschaftlich organisiert sind, zeigt, wo die Arbeit einzusetzen hat. Es muß eine großartige Propaganda für die gewerkschaftliche Idee einsetzen und den Arbeitstehenden klargemacht werden, daß die Zeit des Individualismus endgültig vorbei ist, nicht nur für die Unternehmer, sondern vorab für die Arbeiterschaft. Es muß den Unorganisierten in die Köpfe gehämmert werden, daß um die Verkürzung der Arbeitszeit sowohl wie um die Erringung höherer Löhne gekämpft werden muß, daß die Erfolge solcher Kämpfe jedoch abhängig sind von der Stärke der Gewerkschaften.

Dem beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine ausgiebige Debatte an, in der es zwar neben sachlich ergänzenden Ausführungen an einigen schiefen Darstellungen nicht fehlte, die aber

im allgemeinen sehr sachlich verlief. Einstimmig angenommen wurde die folgende

Entschlieung:

„Die am 27. März 1927 im Reichswirtschaftsrat tagende Konferenz der Betriebsräte, einberufen vom Ortsausschuß Berlin des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und vom Ortskartell Berlin des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, stellt sich einmütig hinter die Entschlieungen des Bundesausschusses des ADGB vom 15. und 16. Februar 1927 über den Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes und über das Ueberstundenwesen.“

Die Konferenz erwartet vom Reichstag, daß derselbe dem von den Gewerkschaften geforderten Rotgesetz über die Wiederherstellung des Achtstundentages zustimmen wird. Das von der Regierung eingebrachte Rotgesetz über die Regelung der Arbeitszeit lehnt die Konferenz als vollkommen unzureichend ab.

Der Stand der Technik und der Rationalisierung sowie die in die Millionen gehende Zahl der Arbeitslosen erfordert, daß nicht nur unter allen Umständen der Achtstundentag eingehalten wird und Ueberstunden vermieden werden, sondern daß eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit mit allen Mitteln angestrebt wird.

Die Betriebsräte haben die Aufgabe, die Arbeitsschutzgesetze und die Tarifverträge in den Betrieben auf ihre Durchführung zu überwachen. Sie geloben, alle Vorstöße sofort den Gewerkschaften zu melden.

Von den Belegschaften erwartet die Konferenz, daß freiwillige Mehrarbeit nicht geleistet wird und daß die Belegschaften keinerlei Ueberstunden leisten, bevor nicht die Betriebsräte bzw. die Gewerkschaften davon Kenntnis bekommen und ihre Einwilligung gegeben haben.

Rur durch die Macht der Gewerkschaften wird es möglich sein, den Achtstundentag zu gewährleisten. Daher ist es Pflicht jedes Arbeiters und jedes Angestellten ohne Unterschied des Geschlechts, tätiges Mitglied seiner zuständigen Gewerkschaft zu sein. Die verarmten Betriebsräte werden ihre ganze Kraft einsetzen, um die Reihen der Gewerkschaften zu stärken.“

Doch Aussperrung in der Feinkeramik.

Unternehmer gegen das Reichsarbeitsministerium.

Der für die feinkeramische Industrie mit dem Schlichter des Reichsarbeitsministeriums gefällte Schiedsspruch stellte den Betriebsfrieden in dieser Industrie noch nicht her. Die Unternehmer hatten vor der Fällung des Schiedsspruchs die Absicht erkennen lassen, bis zu dessen Annahme einen Burgfrieden mit der organisierten Arbeiterschaft herbeizuführen und von der angekündigten Aussperrung abzusehen.

Die Aussperrung trat nun am 28. März in Mittel- und Norddeutschland, Thüringen, Bayern und Schlesien mit Ausnahme einiger Betriebe doch in Kraft. Rund 40 000 Beschäftigte wurden davon in Mitleidenschaft gezogen. Bis zum 2. April wird sich die Zahl auf 60 000 erhöhen.

Diese Maßnahme ist nicht zu rechtfertigen. Der Schiedsspruch bleibt z. B. in der Urlaubsfrage noch hinter dem früheren Stand zurück und läßt dem Unternehmer die Möglichkeit, wöchentlich drei Ueberstunden mit nur 10 Proz. Zuschlag verrichten zu lassen. Auch in der Lohnfrage ist der Arbeiterschaft bei weitem nicht genügend Rechnung getragen, weil die vorgegebene Lohnhöhe nicht einmal die durch die Erhöhung der Lebenshaltungskosten und der Mieten nachgewiesene Verteuerung ausgleicht. Da die Unternehmer den von ihnen zuerst angezogenen Burgfrieden nach der Fällung des Schiedsspruchs selbst brechen, richten sich ihre jetzigen Kampfmaßnahmen nicht als Abwehr gegen die Streiks, sondern lediglich gegen das Reichsarbeitsministerium bzw. gegen den gefällten Schiedsspruch. Die Arbeiterschaft führt den ihr aufgezwungenen Kampf mit großer Zuversicht und bester Stimmung.

Vor dem Streik im Fuhrgewerbe.

Um die Arbeitszeit.

Zum Mantel- und Lohnarif, die am 31. März 1927 ablaufen, haben die Arbeiter Verbesserungen, die Fuhrherren Verschlechterungen gefordert. Darüber haben am 10. und 21. d. M. Verhandlungen stattgefunden.

Auf das Drängen der Arbeitervertreter zogen die Unternehmer ihre Verschlechterungsanträge zurück. Sie bequamen sich, zuzugestehen, daß an den Tagen vor den hohen Festen, Weihnachten, Neujahr usw., möglichst um 2 Uhr Arbeitsschluß sein soll. Auch gaben sie ihr Einverständnis zu einigen anderen redaktionellen Änderungen. Sie sträubten sich aber hartnäckig, Ueberstunden mit 25 Proz. Zuschlag sowie die Pauschale für die Pferdspflege, die für 6 Stunden 5 M. wöchentlich bisher betrug, nunmehr mit ein Achtundvierzigstel des Wochenlohnes pro Stunde zu bezahlen. Nach langem Hin und Her machten sie das Angebot, den Wochenlohn um 3 M., die Pauschale für Pferdspflege um 0,50 M. aufzubessern.

SPD.-Metallarbeiter
besucht die Branchenversammlungen!

Ueberstunden sollen, die erste pro Tag mit ein Achtundvierzigstel, jede weitere mit 15 Proz. Zuschlag bezahlt werden.

Mit diesem Angebot beschäftigte sich am Sonnabend eine gutbesuchte Funktionärerversammlung der Branche Schwer- und Leichtfuhrwerk, in der John vom Deutschen Verkehrsband über die Verhandlungen berichtete. Nach längerer Diskussion beschloßen die Funktionäre, das Angebot abzulehnen, weil sie nicht willens sind, Ueberstunden ohne Zuschlag zu arbeiten und die Pferdspflege gegen eine ungenügende Pauschale zu leisten, die niedriger als der nominale Stundenlohn ist. Die Lohnkommission wurde beauftragt, nachdem der Vorschlag, den Schlichtungsausschuß anzurufen, der Ablehnung verfallen war, die Anfrage an den Innungsvorstand zu richten, ob die Unternehmer zu Zugeständnissen bereit seien. Sollte das Berlangen der Funktionäre unberücksichtigt bleiben, werden diese der am 30. März tagenden Vollversammlung die Ablehnung des Angebots empfehlen.

Da aller Voraussicht nach die Vollversammlung sich der Ansicht der Funktionäre anschließen wird, scheint die Arbeitseinstellung, wenn die Fuhrherren nicht noch im letzten Moment einsinken, unvermeidlich.

Lohnbewegung im Berliner Großhandel.

Der Verkehrsband hat dem Groß-Berliner Arbeitgeberverband des Großhandels alle Lohnarife gelündigt sowie für einzelne Gruppen dieses Unternehmerverbandes, in denen die Löhne der Arbeiter nicht tariflich geregelt sind, den Neuabschluß von Tarifen gefordert.

Für die Gruppe Dese und Feile führten Verhandlungen zu keinem Ergebnis. Die Unternehmer erklärten sich nur zu einer Lohnhöhung von 2 M. pro Woche bereit, was von der Verhandlungskommission als zu gering abgelehnt wurde. Der Schlichtungsausschuß, der darauf angerufen wurde, fällt einen Schiedsspruch, der die Löhne bis zum 28. Februar 1928 um 3 M. pro Woche erhöht. Dieser Spruch ist von beiden Parteien abgelehnt worden. Um alle Verständigungsmöglichkeiten zu erschöpfen, hat die Organisation auf Beschluß der in dieser Branche beschäftigten Handelsarbeiter bei den Unternehmern nochmals Verhandlungen nachgesucht. Von dem Ergebnis dieser Verhandlungen wird es nunmehr abhängen, ob es zu einem offenen Kampf in dieser Branche kommt.

Für die Arbeiter des Textilgroßhandels, die seit längerer Zeit kein Lohnabkommen haben, ist inzwischen ebenfalls verhandelt, aber auch keine Verständigung erzielt worden. Es ist bei diesen Unternehmern schon zur Regel geworden, die Verhandlungen scheitern zu lassen. Die Unternehmer erklärten die Forderungen der Arbeiter, die einen Wochenlohn von 42 M. verlangten, für „völlig unbillig“, und lehnten es auch ab, ihren Arbeitern wenigstens die im Einzelhandel üblichen Löhne zu zahlen wie in der Provinz. Die Verhandlungskommission beschloß, den Schlichtungsausschuß zur Vermittlung anzurufen.

Am Freitag wurde über den Neuabschluß eines Lohnabkommens für die Arbeiter des Leder- und Schuhhandels verhandelt. Während die Arbeiter 15 Proz. Lohnhöhung gefordert hatten, boten die Unternehmer nur 2½ Proz. für die Dauer eines Jahres. Da auch hier in freier Verhandlung eine Verständigung nicht möglich war, wurde die Anrufung des Schlichtungsausschusses beschlossen.

Die Branchenwahlen der Metallarbeiter.

Die Wahlen der Branchenleitungen der Berliner Metallarbeiter haben erfolgreich begonnen. In der Branchenersammlung der Kesselschmiede, die am Sonnabend war, wurde die bisherige auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung stehende Branchenleitung mit großer Mehrheit wiedergewählt.

Veranstaltete Anstrengungen machten die Kommunisten in der Versammlung der Walzwerksarbeiter am Sonntag. Da sie an der Tätigkeit der gesamten Branchenleitung keine Kritik üben konnten, versuchten sie entsprechend ihrer Anweisung, einzelne Mitglieder der Branchenleitung zu verunglimpfen. Sie erklärten, daß es ja nicht darauf ankomme, an die Spitze einer Branche langjährige Verbandsmitglieder zu setzen, die Arbeit könne vielmehr von jüngeren Mitgliedern vielleicht noch besser, mindestens aber ebenso gut verrichtet werden.

Auf der Liste der „Opposition“ prangten dann auch einige Kandidaten, die noch nicht einmal ein Jahr Mitglied der Organisation sind. Die Versammelten erteilten diesen Worttraktanten die ihnen gebührende Antwort und wählten mit erdrückender Mehrheit die alte Amsterdamer Branchenleitung wieder.

Die Entscheidungen in den größten Branchen stehen jedoch noch am Mittwoch und Donnerstag bevor. Es gilt für die Gewerkschaftsgenossen, alles daranzusetzen, auch in den übrigen Branchenersammlungen den Kommunisten die gebührende Abfuhr zu erteilen.

Freie Gewerkschaftslীগанд. Heute abend 7½ Uhr tagen die Gruppen: Frankfurter Allee: Gruppenheim Städt. Jugendheim Zillner Str. 4-5. Portogruppen: Die freierwerkschaftliche Jugendbewegung. — Landberger Platz: Gruppenheim Döbelmeyerstr. 5. vom part. Portogruppen: Der 18. März 1848. — Nützenberg: Gruppenheim Jugendheim Poststr. 2. Portogruppen: Kulturgruppen der Gewerkschaften. — Zeltow: Gruppenheim Schule Wittenbrandstr. 55-54 (Posthammer). Portogruppen aus Zeltow: Mädchenkammer. — Weig: Gruppenheim Chaussee, Ecke Hannemannstr. Portogruppen: Mädchen der freien Gewerkschaftslীগанд. — Spandau: Jugendheim Lindenauer 1. Unter Abend. — Oberschöneweide: Jugendheim Niederschöneweide, Berliner Straße. Zusammenkunft.

Deutscher Solnarbeiterverband. Kassenkassier der Kleinbetriebe: Am Donnerstag nachmittags 4½ Uhr im Verhandlungsraum, Fungestr. 30. Branchenersammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zu den Lohnverhältnissen.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Altgehorfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Hübner; Revue: Dr. John Schilomski; Kolonial: und Sonstige: Fritz Karst; Anzeigen: Ed. Glöck; Anstalt in Berlin: Verlag: Formüts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formüts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68. Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterstützung und Wissen“.

Dieses Garantiebänd

bürgt für die neue leichte Mischung unserer

GOLD-SABA

48

nur aus Tabaken der neuesten Ernte,
frisch manipuliert, mit köstlichem
Aroma, bekömmlicher Qualität und
glatttem weißen Brand

GARBÁTY



Die erhöhte Aprilmiete.

Schiedsverfahren für gewerbliche Räume.

Nachdem das Reichskabinett und der Reichsrat einer je 10prozentigen Mieterhöhung vom 1. April und 1. Oktober d. J. ab zugestimmt hatten, hat der Reichsarbeitsminister am 11. März die Mindesthöhe der gesetzlichen Miete vom 1. April 1927 ab auf 110 Proz. und vom 1. Oktober 1927 ab auf 120 Proz. der Friedensmiete festgesetzt. Die Mietfestsetzung selbst ist Sache der obersten Landesbehörde. Wie wir hören, wird Preußen über die vom Reich bestimmten Mindesthöhe der gesetzlichen Miete nicht hinausgehen, sondern nur die Unterverteilung zwischen dem Staat (für Hauszinssteuer) und dem Hausbesitzer regeln. Infolgedessen wird in den nächsten Tagen die offizielle Mietfestsetzung für Preußen erfolgen.

Die feste gesetzliche Miete beträgt danach vom 1. April 1927 für Preußen 110 Proz. der Friedensmiete; hiervon können von denjenigen Mietern, die bisher für Schönheitsreparaturen 4 Proz. einbehalten haben, die 4 Proz. auch weiterhin abgezogen werden, so daß in diesen Fällen die Miete nur 106 Proz. der Friedensmiete beträgt.

Außer der festen Miete kann der Vermieter von den Mietern die anteilige Erhaltung der Gemeindefußwege zur Grundvermögenssteuer fordern, soweit diese Zuschläge über 100 Proz. der staatlichen Grundvermögenssteuer hinausgehen. Bisher betragen diese Zuschläge 200 Proz., von denen 100 Proz. umlegbar waren, was für März etwa 4 Proz. der Friedensmiete ausmachte. (Bis einschließlich Februar erfolgte die nachträgliche Berechnung der für April bis Juli 1926 fällig gewordenen Steuer, die auf die Monate August bis Februar verteilt wurde.)

Falls nicht durch den Stadthaushaltsplan eine Erhöhung der Zuschläge zur staatlichen Grundvermögenssteuer erfolgt (im Entwurf sind 230 statt 200 Proz. vorgesehen), kommt also zu der festen Miete eine Umlage in Höhe von bis zu 4 Proz. der Friedensmiete hinzu. Die Umlage erfolgt nach wie vor im Verhältnis der Friedensmiete der Wohnung zur Gesamtsumme des Hauses.

Die gesetzliche Miete gilt auch für Geschäftsräume, die wegen ihres wirtschaftlichen Zusammenhanges mit Wohnräumen „zugleich“ mit solchen (wenn auch in getrennten Beträgen) vermietet sind. Der

„wirtschaftliche Zusammenhang“ ist nach der Rechtsprechung dann gegeben, wenn die Benutzung der Geschäfts- und Wohnräume in dem gleichen Hause für den Mieter einen wirtschaftlichen Vorteil bedeutet.

Für Geschäftsräume ohne Wohnung, die bekanntlich vom 1. April dieses Jahres ab den Vorschriften der Mieterschutzgesetzgebung nicht mehr unterliegen, ist durch Reichsgesetz vom 17. März 1927 die Möglichkeit eines Schiedsverfahrens vor dem Mieteinigungsamt geschaffen, das der Räumungslage vorausgehen hat. Preußen wird in diesen Tagen durch landesrechtliche Vorschriften dieses Schiedsverfahrens für die freigegebenen Räume in Kraft setzen. Sobald das geschieht, gelten für das Schiedsverfahren die reichsgesetzlichen Vorschriften. Von dem Inkrafttreten der landesrechtlichen Vorschriften an darf das Gericht einen Termin zur mündlichen Verhandlung über die Räumungslage hinsichtlich eines freigegebenen Geschäftsraumes erst dann bestimmen, wenn der Vermieter eine Bescheinigung des Mieteinigungsamtes darüber beibringt, daß in einem Termine, in dem der Vermieter oder ein von ihm zum Vergleichsabschluß Bevollmächtigter Vertreter erschienen war, ein gültiger Ausgleich zwischen den Parteien erfolgt ist, oder daß der Mieter in dem Termine ausgeblieben ist. Wird der Güteantrag irrtümlich beim ordentlichen Gericht statt beim Mieteinigungsamt gestellt, so ist er an das Mieteinigungsamt zu verweisen.

Ist eine Räumungslage schon vor dem Inkrafttreten des Schiedsverfahrens eingereicht worden, so ist die Entscheidung bis zur Erledigung des Schiedsverfahrens auszusetzen. Ein Schiedsverfahren kann auch von dem Mieter beantragt werden, der eine Räumungslage befristet.

Im Schiedsverfahren kann das Mieteinigungsamt keine Entscheidung treffen; es kann nur zwischen den streitenden Parteien vermitteln. Darin liegt die Schwäche des Güteverfahrens. Mehr war im Reichstage bedauerlicherweise nicht zu erreichen, weil sich Reichsregierung und Rechtsmehrheit programmatisch darauf eingestellt haben, den Mieterschutz abzubauen. Deswegen ist auch außer der Aufhebung der preussischen Freigabeverordnung die Schaffung von Schiedsstellen mit Entscheidungsbefugnis abgelehnt worden.

So herzlich wenig die Schiedsstellen bringen, so können sie schließlich doch einmal irgendeinem bedrängten Mieter helfen.

Stellen des Buches. Das Gericht belieh es jedoch bei der Strafe von 100 Mark, gab aber das Buch frei und sprach nur die Unbrauchbarmachung der Platten von 12 Stellen aus.

Ein Frauenmord.

Zeichenfund bei Schildhorn.

Ein unheimlicher Fund wurde gestern nachmittags gegen 12 Uhr an der nördlichen Spitze der Halbinsel Schildhorn in der Havel gemacht. Von zwei Volkspolizisten wurde ein Paket aus dem Wasser gefischt, das den Rumpf einer jüngeren Frau enthielt, Kopf, Beine und Arme fehlten.

Die Mordkommission wurde von dem Fund sofort in Kenntnis gesetzt, die sich unter ihrem Leiter Regierungsdirektor Dr. Hagemann und mehreren Kommissaren sofort nach Schildhorn begab. Ebenfalls wurde der Gerichtsarzt Prof. Dr. Störmer benachrichtigt. Die beiden Schupolizisten, die sich auf Urlaub befanden, hatten sich in einem Kahn vor Schildhorn festgemacht, um zu angeln. Sie bemerkten plötzlich ein großes verschlammtes Paket, das zum Teil aus dem Wasser heraustragte und stromabtrieb. Sie zogen das Paket aus dem Wasser und stellten mit Entsetzen seinen Inhalt fest. Der Befund läßt darauf schließen, daß das Paket erst vor ganz kurzer Zeit ins Wasser geworfen wurde. Das Papier war an einigen Stellen noch vollkommen trocken. Auch das ärztliche Gutachten besagt, daß die Leiche höchstens zwei bis drei Tage, wahrscheinlich aber kürzere Zeit im Wasser gelegen hat. Die Verpackung bestand aus braunem Packpapier, das mit starken Schnüren zusammengebunden war. — Die Leiche liegt im Alter von etwa 18 bis 25 Jahren. Sie hatte wahrscheinlich rotblondes Haar. In dem Paket befand sich außer einigen Zeitungsbogen noch ein fleischfarbenes seidenes Hemd. Der Rumpf wurde nach dem Schauhaufe gebracht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es sich um einen Leichnam handelt und daß der bzw. die Täter, um sich der Ermordeten möglichst unauffällig zu entledigen, die Wirbelsäule durchsägen, Arme und Beine dagegen mit einem Messer oder Beil abtrennten. Die weiteren polizeilichen Ermittlungen zur Aufklärung des schrecklichen Verbrechens werden mit größtem Eifer betrieben.

Am Bollwerk der Sedanstraße zu Spandau wurde gestern die an Händen und Füßen gefesselte Leiche eines Mannes aus der Havel gefischt. Nach den angestellten polizeilichen Ermittlungen handelt es sich bei dem Toten um einen 16 Jahre alten Lehrling Otto D., der in selbstmörderischer Absicht ins Wasser gegangen war. Der junge Mann litt an Krämpfen und war darüber so verzweifelt, daß er beschloß, aus dem Leben zu scheiden.

Opfer der Straße.

Im Laufe der gestrigen Nachmittags- und Abendstunden ereigneten sich in den verschiedensten Stadtteilen Berlins wieder eine Reihe von schweren Verkehrsunfällen. Am Hohenzollernparkweg Ede Jordenstraße kam der 45jährige Maurer Johann B. aus der Beusselstraße beim Aufspringen auf einen in Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen zu Fall und geriet unter den Schutrahmen des Anhängers. Der Verunglückte wurde noch etwa 10 Meter mitgeschleift, ehe die Bahn zum Halten kam. B. wurde in das Krankenhaus in der Köpenickerstraße gebracht, wo sofort nach der Einlieferung beide Beine amputiert werden mußten. In seinem Aufkommen wird gezweifelt. — Am Sattlerer Bahnhof wurde ein Kaufmann Johann Sch. aus der Broderstraße 35 von einer Straßenbahn erfasst und überfahren. Schwere Verletzungen erlitt Sch. durch einen Wagon des Städtischen Rettungsamtes in das Bazarus-Krankenhaus geschickt werden. — Vor dem Hauke Ballaststr. 24 wurde gestern nachmittags der 17jährige Schüler Walter R., der in der Potsdamer Str. 73 wohnt, von einer Kraftdroschke überfahren und schwer verletzt. Das Kind fand im Elisabeth-Krankenhaus Aufnahme. — Ein weiterer schwerer Unfall trug sich in der Neuen Königstraße zu. Beim Ueberfahren des Fahrdammes wurde die 26jährige Käthe L. aus der Köpenickerstr. 24 von einem Autobus der Linie 19 überfahren. Die Verunglückte konnte nur unter Schwierigkeiten aus ihrer empfindlichen Lage befreit werden. Die L. wurde in das Krankenhaus am Friedrichshagen geschafft, wo sie sehr bedenklich danielerliegt. — Schließlich wurde vor dem Hauke Kaiserstr. 30 in Wilmersdorf eine noch unbekannte Frau von einem Kraftwagen überfahren. Durch die Feuerwehr wurde die Verunglückte in die Privatklinik von Dr. Solms geschafft.

Wieder einmal der „Pfaffenpiegel“.

Mit geringen Streichungen freigegeben.

Auch Bücher haben ihre Schicksale; und der „Pfaffenpiegel“ kann auf bewegte Schicksale zurückblicken: nicht weniger als achtmal hat er unter Anklage gestanden und hat seinem Verleger Bod, der vom Autor des Buches, Otto v. Corwin, nach der vierten Auflage das Verlagsrecht abgekauft hatte, mehr als eine Gefängnisstrafe eingebracht. Auch Beschlagnahmungen und Verbote des ganzen Buches, oder gewisser Stellen, sind ausgesprochen worden. Trotzdem wurde es immer wieder neu verlegt.

Im Jahre 1921 ist es auch im „Vorwärts“-Verlag ohne jegliche Streichung erschienen, und im Jahre 1925 erneut im Verlag Bod, Rudolstadt, vom Sohne des inzwischen verstorbenen Bod senior, der ein persönlicher Freund Corwins war, herausgegeben worden. Diese Ausgabe vom Jahre 1925 hatte es aber wieder der katholischen Kirche angetan; sie erstattete Strafanzeige wegen Beschimpfung ihrer Einrichtungen und Brände, und der Staatsanwalt leitete das Verfahren ein. Das übereifrige Schöffengericht Berlin-Schöneberg perurteilte daraufhin am 1. Dezember v. J. den Verleger Bod jun. zu 100 Mark Geldstrafe und ordnete außerdem die Unbrauchbarmachung sämtlicher Platten des Buches an. Titel „Der Pfaffenpiegel“, Titelbild — einen Papst darstellend, der die Uhr zurückstellt —, Kapitelüberschriften, ja, der gesamte Inhalt des Buches zeige die Tendenz, das Volk wider das Christentum aufzupeitschen, und das bedeute in einer Zeit politischer und kirchlicher Kämpfe eine besondere Gefahr. Verteidigung sowie Staatsanwalt hatten gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Dem Staatsanwalt war die Geldstrafe zu niedrig; die Unbrauchbarmachung der Platten

moßte er jedoch nur auf einige wenige Stellen des Buches beschränkt wissen. Die Verteidigung verlangte dagegen Straffreiheit.

Die gestrige Berufsversammlung vor der Großen Strafkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Duffe bot insofern besonderes Interesse, als der Verteidiger des jungen Bod, R.-M. Dr. Levi, den bekannten Strafrechtler und Reichstagsabgeordneten Prof. Kahl als Sachverständigen geladen hatte. Er sollte die Frage beantworten, ob das Buch heute nicht mehr ein kulturhistorisches Dokument bedeute, da es zu einer Zeit entstanden ist, da der bürgerliche Liberalismus in seinem Kampfe gegen die Kirche die durch Widerlegung der kirchlichen Dogmen zu überwinden können glaubte. Prof. Kahl äußerte sich in seinem Gutachten dahin, daß das Buch zwar eine Reihe wertvoller wissenschaftlicher Ausführungen enthalte, im übrigen jedoch eine tendenziöse Zusammenstellung von Tatsachen sei. Als kulturhistorisches Dokument könne er es nicht anerkennen; eine Neuauflage des Werkes halte er für unbedeutend, obgleich er auch nicht bestreite, daß manches von dem, was da gesagt ist, auch heute noch von Bedeutung sei. Dr. Levi hielt dem entgegen, daß Professor Kahl wohl durch seine Stellung innerhalb der protestantischen Kirche in seinem Gutachten sehr vorsichtig sein müsse; das Buch dürfe aber seiner Ansicht nach doch als kulturhistorisches Dokument betrachtet werden, da heute der Kampf gegen die Kirche von gänzlich anderen Voraussetzungen ausgehe. Aufschließend sei aber die Frage, auf welcher Seite die Kirche stehe, auf der Seite der Armen oder der Reichen, auf der Seite der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer. Es sei nicht zulässig, den Verleger für ein Buch, das vor achtzig Jahren erschienen ist, heute noch strafrechtlich verantwortlich zu machen. Der Staatsanwalt verlangte die Erhöhung der Geldstrafe auf 300 Mark und die Beschränkung der Unbrauchbarmachung der Platten nur auf 12 von ihm beanstandeten

Sif.

Das Weib, das den Mord beging.

6] Roman von Friz Red-Mallezewen.

Die kleine Sif, begreifend, was man ihr da androht, springt auf, greift nach dem Brief. Und dann gibt es ein verzweifelltes Ringen mit dem keisenden Weibe da, dann wird man zu Boden gedrückt von dieser fettigen, kurzfingerigen Hand, dann ballt sich diese Hand und schlägt zu, und dann liegt man zertrahnt, weinend, entehrt auf eine unaussprechliche Weise da, muß anhören, wie das Keifen des Weibes übergeht in hysterisches Kreischen.

Brief geht noch in dieser Stunde ab . . . feine Leute . . . jede Nacht 'ne andere . . . Pflicht, dieser Luderwirtschaft ein Ende zu machen . . . ein Kübel von Rot entleert sich über das daliegende geschändete Weib, das doch vor ein paar Tagen noch eine stolze, laubere kleine Sif war.

Hinaus geht aus dieser Höle; Sie springt auf in ihrem verwüsteten Anzug, sie läuft durch den dunklen Korridor, die Tür fliegt hinter ihr zu mit einer leichten nomenlosen Beschimpfung. Sie hebt die Treppen herunter, sie steht auf der Straße.

Kalter Wind geht draußen, bringt ersten Schnee mit und eifigen Regen und große gelbe Ahornblätter, die verschmutzt in der grauen Sauce des Asphalt liegen. Sie läuft, ohne an eine andere Beförderungsmöglichkeit zu denken, die trostlose Straße westwärts, läuft vorüber an dem bden Klinikbau. Gedunsene fässige Gesichter an den Fenstern . . . vor dem Portal zwei sich herumummelnde Wärter, die ihr etwas nachrufen . . . vor der Pforte ein wartender Leichwagen, der Chauffeur auf dem Bock liest, zwischen Sah und Sah an seiner Semmel kauend, eine blutrünstige Zeitung, der ausgekuppelte Motor surrt und läßt den Silberchristus auf der Tür leise jähern.

Vorüber und weiter! Ein Wachtmann, dem sie mit ihrem zerknitterten Anzug und den zerzausten Haaren auffällt, starrt ihr aufmerksam nach, sie duckt sich unter den schmutzvermischten Schneebällen der Schulfinder, ist froh, in der Friedrichstraße zu verschwinden.

Die Straße, hier im Norden des Talmiglanzes und der zahlungsfähigen Geschäftigkeit ihres Südtails entkleidet, steht

vernachlässigt da mit ihren regennassen Häuserfronten wie eine abgetafelte Dirne, vollgestopft zur Stunde mit murrenden, demonstrierenden Menschenmassen. Auf einem Wagentisch gestikuliert, ohne daß man ein Wort verstehen könnte, ein Redner; man hört das periodische Brausen des Beifalls, sieht dann die von der nahen Kaserne ausgesperrten Lastwagen mit Bewaffneten sich langsam durch die Menge schieben. Unsägliche Verwünschungen gellen durch die Schneelust, Dredwürde fliegen hinaus zu den unerschütterlichen Bleisgürchen der Soldaten oben . . . weiter, weiter . . .

Wie sie es fertig bekommt, den Menschenwall einer politischen Demonstration mit dieser Geschwindigkeit zu forcieren, bleibt eine der Rätsel dieser rätselhaften beiden nun folgenden Tage. Sie läuft durch die Schumannstraße, wird von einem berühmten, gerade aus der Probe kommenden Nimen angestarrt, rettet sich vor diesen Blicken, die sie förmlich entkleiden, ans Wasser, sieht am Kai, sieht den entehrten, zur Kloake gewordenen Fluß ziehen, Gasblasen aufsteigen, einen aufgetriebenen Hundetadaver treiben . . . Kohlstrünke, Zigarettenetuis Marke „Sportgrüße“, verknürrte Packpapierbündel mit finsternen Geheimnissen . . . hört Joten, die von den Lastkähnen ihr zusprechen, sieht leeren, verständnislosen Blickes die unendlichen, mit zerfließendem Schnee bedeckten Kohlenzüge des Lehrter Bahnhofes.

Abgeschüttelt alles, gedankenlos weitergelaufen mit hämmernenden Schläfen und durchgeweichten, nicht für solche Wege bestimmten Lackshuhen . . .

Dann steht sie vor der Fassade des Gerichtsgebäudes, denkt nach: was wollte sie eigentlich hier? Richtig, hier ist der Mann zu finden, der sie in dieses Elend gebracht hat, der Mann wird raten, der Mann wird helfen!

Gut also: die Nummer des Zimmers erfragt, mit den triefenden Kleidern, dem zerfahrenden Gesicht, der zerknitterten Hufeeder die Gänge entlang gelaufen . . . vorüber an Zeugen, die vor einem Meineid nerods auf und ab pendeln, Gerichtsdienern mit der Stimme des Jüngsten Tages, alten Weibern, denen das Dienstmädchen graue Wollstrümpfe gestohlen hat, Richtern in wehenden Roben, die froh sind, dem dreißigsten Fall von Uebertretung des Kraftfahrergesetzes entronnen zu sein und zu Mittag gehen zu können.

Dann steht sie im Zimmer des Schwagers. Der anwesende Referendar mit dem unreinen Teint weiß nicht recht, ob er „gnädige Frau“ sagen oder sie hinausweisen soll: nicht anwesend . . . plädiert zurzeit im Mordprozeß Jungschulz . . .

Nummer 376/78, großer Schwurgerichtssaal, den Gang hinauf die siebente Tür . . . der Jüngling, seiner Diagnose endlich gewiß, beginnt zu schnarren.

Sie geht in den Zuschauerraum, sie wird hier auf ihn warten bis zur Mittagspause. Sie ist zunächst lebendig begraben in dieser Menschenmasse, sie kann, da sie kleiner ist als ihre gesamte Nachbarschaft, zunächst nur die Glühlampen sehen, die in das Elend dieses Spätherbsttages brennen, über dem Haupte des Vorsitzenden an der Wand das weinsfrohe Gesicht eines längst vermoderten preussischen Königs . . . zwischen den Rhythmen der rumorenden Dampfheizung hört sie die bellenden, abgehakten Sätze einer wohlbekanntten Stimme.

O, sie kennt aus den Zeitungen der letzten Tage diesen Prozeß, der drei Tage lang das gigantische Berlin aufwühlt und begafft und gezeichnet wird und in einer Woche vergessen ist in dem gierigen Elend der Zeit: Sohn, früh hinübergegangen nach Amerika, lehrte nach zehn Jahren mit einem bescheidenen Vorrat an Dollarnoten zurück, wird von den Eltern nicht erkannt, gibt sich, um die Eltern zu überraschen, zunächst einmal für einen Bekannten des Sohnes aus, läßt einiges Geld sehen, wird zum Weiben genötigt und bewirtet, schläft — die Dollarnoten unter dem Kopfkissen — sich gehörig aus in dem angebotenen Bett, träumt von der Ueberraschung, die er morgen den Eltern bereiten wird.

Mutter flüstert Vatern etwas von den Dollarnoten zu, macht harte Augen dabei. Vater will nichts wissen, will nichts sehen, versteht du . . . Vater geht in die Kneipe, macht ein bißchen blau, Vater erzählt von dem Gemeindefreier, daß der Fremde sein eigener Sohn ist, der die Eltern überraschen will. Vater findet zu Hause Muttern, die soeben dem Schlafenden den Hals abgekantet hat.

Vater sitzt nun irrfinnig in der Psychiatrischen, Mutter sitzt klaren Sinnes auf der Anklagebank. —

Wie die kleine schmächtige Sif es fertig bekommt, die kompakte Menschenmauer des Zuschauerraumes zu forcieren und bis zur Barriere vorn sich durchzudrängen, auch das gehört zu den Rätseln dieser Stunden. Da steht sie, sieht einen weißhaarigen dekorativen Vorsitzenden, sieht neben ihm die blinzelnenden Gesichter jener beiden beistehenden Herren, die der Juristenjargon „die Beisitzer“ nennt, findet endlich auf ihrer Bank vor den zwei Gendarmen mit ihren verschlafenen Gesichtern ein altes Weiblein mit ordentlichem, wasser-geglättetem Weißhaar und freundlichen, sanften Zügen: das Weib, das den Mord beging.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeiter-Sport

Internationales Arbeiter-Schachturnier Vom 10. bis 13. April in Berlin.

Im Auftrage der Arbeiter-Schachinternationale und des Deutschen Arbeiter-Schachbundes veranstaltet der Berliner Arbeiter-Schachklub Ostern, vom 10. bis 13. April, das 2. Internationale Arbeiter-Schachturnier zu Berlin. Diese Veranstaltung wird für die Arbeiter-Schachbewegung von größter Bedeutung sein. Die Schachinternationale, die Ostern 1923 anlässlich des 1. Internationalen Arbeiter-Schachturniers in Berlin ins Leben gerufen und auf dem Bundestag in Deno, Ostern 1926, durch den Eintritt der russischen und österreichischen Schachverbände weiter befestigt wurde, wird mit der Veranstaltung zeigen, wie international zusammengeführte Kräfte sich zum Nutzen für die Allgemeinheit auswirken kann.

Von dem Gedanken ausgehend, das zur Erreichung der internationalen Arbeiterverbrüderung die Masse zusammenziehen muß, werden die Turniere im Zeichen der Massenweitspiele stehen. Sechs Länder: Rußland, Oesterreich, Ungarn, Dänemark, die Schweiz und Deutschland, die bisher ihre Teilnahme gemeldet haben, werden sich am Brett im friedlichen Wettkampf gegenübersehen. Ein internationales Meisterturnier, sowie ein internationaler Ländermannschaftswettkampf bilden die Hauptprogrammpunkte. Daneben laufen noch weitere Haupt- und Nebenturniere sowie ein Jagdturnier. Ein internationales Problemturnier für Zwei- und Dreifüßler hat eine reichhaltige Besetzung erfahren. In 168 Schachaufgaben haben die Arbeiterproblemkomponisten aller Länder ihre geistigen Fähigkeiten zum Ausdruck gebracht. Vorträge, Gästeturniere, Sitz- und Simulationspiele vervollständigen das Turnierprogramm.

Die Größe der Veranstaltung zeigt sich allein schon aus den zahlreichen Meldungen, die aus Deutschland eingegangen sind. Zurzeit betragen diese etwa 800, sie werden sich bis zum Ablauf des offiziellen Meldetermins am 15. März noch bedeutend erhöhen.

Als Nebenveranstaltung wird eine großzügig geplante Schachausstellung ein besonderes Ereignis werden. Die Ausstellung soll in umfangreichem Maßstabe alles aufzeigen, was den Schachspieler, besonders den Arbeiter-Schachspieler, interessiert. Neben einer eingehenden Darstellung der Entwicklung der Arbeiter-Schachbewegung wird eine umfangreiche Schau von Schachliteratur und Spielmaterial gezeigt werden. Historische Schachspiele, Literatur, originelles und die Arbeiter-Schachbewegung kennzeichnendes Schachmaterial, Bilder, Photographien, Plakate, Aufrufe werden besonders in den Vordergrund gerückt sein.

Die Veranstaltung findet in den Kammersälen, Berlin S., Lottower Straße 1-4, statt. Alle Meldungen und Anfragen sind an den Hauptausschuß, Karl Franke, Berlin-Reinickendorf-Ost, Schülerpromenade 61, zu richten.

Der Kartellverband für Arbeitersport und Körperpflege erläßt zum Internationalen Schachturnier folgenden Aufruf: Achtundert Schachspieler aus Deutschland und dem Auslande werden Ostern in Berlin erwartet. Eine der wichtigsten Fragen ist die Beschaffung der Quartiere. Unterstützt uns! Schafft Quartiere! Arbeitsbrüder aus Oesterreich, Schweiz, Dänemark, Rußland, Ungarn und der Tschechoslowakei kommen zu uns. Lebt Gastfreundschaft! Da die Zeit drängt, erbitten wir sofortige Meldung an Franz Koch, Berlin NW. 87, Turmstraße 74.

Wettkämpfe in der Turnersparte.

Das Wertungsturnier der Altersturner im 1. Kreise fand am vergangenen Sonnabend bei guter Beteiligung statt. Es war bedauerlich, daß sich nur die Groß-Berliner Vereine daran beteiligten, während die Genossen der Provinzvereine fehlten. Gerade jene Vereine sollen durch diese oder ähnliche Veranstaltungen lernen und neue Anregungen mit nach Hause nehmen. Der Abend verlief recht anregend, es ist erstaunlich, welche guten turnerischen Kräfte sich unter den Arbeitersportlern befinden. Die erfreuliche Tatsache, daß sich Genossen mit 50 Jahren noch an einem Wettkampf beteiligen, muß unbedingt anerkannt werden. Gefellige Spiele beschloßen die gutgelungene Veranstaltung. Es wurde in zwei Gruppen geturnt. Die besten Resultate sind folgende: 1. Gruppe, Alter 35 bis 45 Jahre: 1. Schmidt, Alter 39, Fichte 9, 223 P.; 2. Wontsch, Alter 38, Lichtenberg, 217 P. 2. Gruppe, Alter über 45 Jahre: 1. Ehrenberg, Alter 48, Roabit, 202 P.; 2. Stanislaus, Alter 46, Fichte 22, 194 P.; 2. Schmidt, Alter 50, Fichte 4, 189 P. Das nächste Zusammenturnen aller Altersturner findet Sonnabend, 30. April, 8 bis 10 Uhr, in Schöneberg, Turnhalle Belgiger Straße (Ecke Eisenacher Straße) statt.

Bei guter Beteiligung fand kürzlich ein Wettkampf an den Geräten für die geübten Turner und Turnerinnen des 1. Kreises statt. Sehr gute Leistungen wurden gezeigt und es lief gegen früher ein Sortschritt zu verzeichnen. Die Jugend bis 16 Jahren erzielte folgende Resultate: 1. Schaedler-Schöneberg, 223 Punkte; 2. Suhr-Fichte 9, 221 P. Von der Jugend über 16 Jahren erzielte mehr als 200 Punkte: 1. Böse-TWB-Osten, 234 P.; 2. Randa-Friedrichshagen, 229 P. Die Resultate für Männer waren: 1. Blant-Fichte 2 mit 290 Punkte; 2. Bollmann-Fichte 9, 287 P. Bei den Frauen waren die Platzierungen: 1. Schmidt-Fichte 9a mit 218 Punkten; 2. Köhler-Treptom, 209 P.

Schwerathletikkämpfe.

Der am 22. März in Lichtenberg ausgetragene Serientkampf „Lichtenberg-Friedrichshagen“ gegen „S.G. Siegfried 09“ endete mit dem Ergebnis 25:3 für Lichtenberg. Der vorjährige Kreis- und Bundesmeister „Berolina“, Neutölln, steht auch in diesem Jahre ungeschlagen an der Spitze und wird wohl auch wieder Kreismeister. Seinen letzten Gegner, „Spandau“, schlug er überlegen mit 24:4 Punkten. Am Dienstag, den 29. März, findet in der Turnhalle, Neutölln, Thomasstraße, der Serientkampf in der A-Klasse. Die Ligaklassen „Lurich 02“ gegen „Siegfried 09“ treffen am Dienstag, den 29. März, 8 Uhr, in der Turnhalle Wiceststraße 53 (Roabit), um letzten Ausscheidungskampf zusammen. Am Montag, den 4. April, beginnen die ersten Kämpfe des Boxwettkampfes. Um 7 Uhr findet das Wiegen sämtlicher Konkurrenten in der Turnhalle des Sportklubs „Lurich“ in der Bromberger Straße 13-14 statt. Die Meldungen sind diesmal sehr zahlreich eingelaufen, so daß mehrere Ausscheidungskämpfe notwendig sind. Die „Sportliche Vereinigung Nord-Ost“ veranstaltete kürzlich in der „Königsbant“ einen Kampfabend, der einen überraschend guten Besuch aufwies. In stotter Folge wurden Bog-, Ring- und Jiu-Jitsu-Kämpfe abgewickelt. Auch im Heben wurden recht beträchtliche Leistungen geboten.

Resultate. Ringen: Knoll (RO.) legt über Feuerberg (R. St.) in der Jugendklasse in 55 Sek. — Stange (RO.) bleibt über Hornisch (Kraftklub) in 1:15 Min. — Bergisch (Ber.) — Reinold (RO.) und Hinga (RO.) — Freese (R. St.) unentschieden. — Jiu-Jitsu: Schumacher (RO.) legt im Pantani über Adler (Ed.) in 6:45 durch Strangulation. Overe (Ed.) über Reitz (RO.) im Leichtgewicht nach 4 Min. durch Knebel. Rechenbach (RO.) — Siegeri (Wedding) im Federgewicht und Heinel (Ed.) — Buss (RO.) im Halbschwergewicht trennten sich unentschieden. — Heben: Lagerpusch (RO.) einarmig

150 Pfd., beiderseitig 250 Pfd., Rahr (Mittendeta) einarmig 150 Pfd., beiderseitig 250 Pfd. — Begegn. im Federgewicht zwingt Reinold (RO.) Reumann schon in der ersten Runde zur Aufgabe. Röh (RO.) muß sich von Baumgarten (Ring) in drei Runden auspunkten lassen.

Berliner Schwimmer in der Provinz.

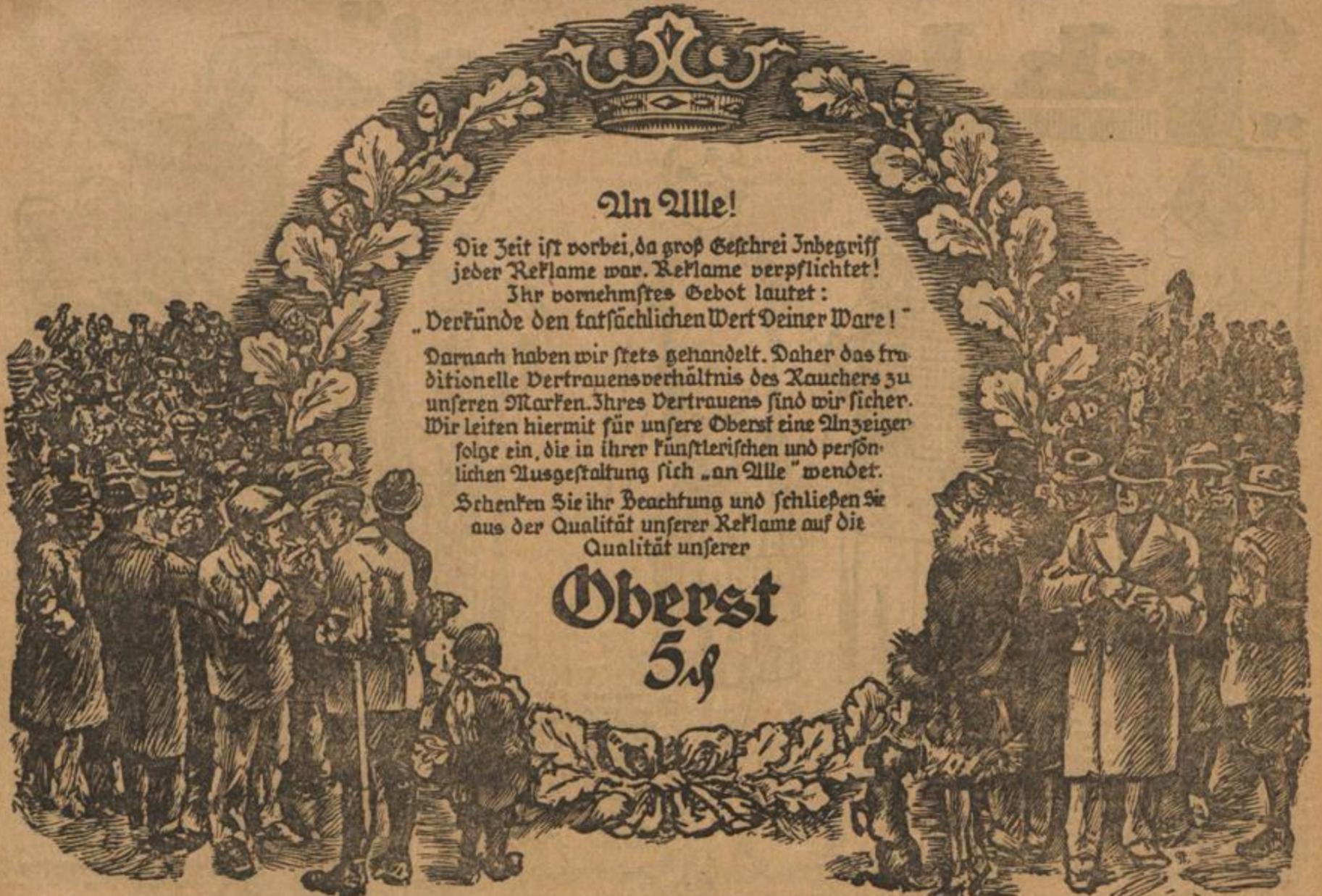
Zu ihrem 6. lokalen Hallenschwimmfest hatte die Schwimmabteilung der Freien Turnerschaft Wschersleben ein ausgezeichnetes Meldeergebnis aufzuweisen. Am Start waren u. a. Kopslau, Dessau, Halle, Halberstadt und Neutölln mit etwa 250 Teilnehmern. Neutöllns Schwimmer hatten keine ebenbürtige Gegner, sie konnten alle gemeldeten Konkurrenzen mühelos gewinnen. Den Abschluß der Veranstaltung bildete ein Wasserballspiel Neutölln-Dessau, das 10:1 für erstere endete. — Ergebnisse: Bruststaffette 4x80 Meter: Neutölln 4:25,4. Freistil 100 Meter: 1. Gölle, 1:03,4; 2. Dieckste und Frohn, 1:06,4. Frauenbrustschwimmen 80 Meter: 1. Böer, Neutölln, 1:13,4; 2. Franke, Halberstadt, 1:24. Frauenrücken schwimmen 100 Meter: 1. Frohn, Neutölln, 1:13,6; 2. Howe, Neutölln, 1:15,2. Brustschwimmen 100 Meter: 1. Schöps, Neutölln, 1:23; 2. Beder, Neutölln, 1:23,6; 3. Bollmann, Kopslau, 1:26,2. Lagenstaffette 4x40 Meter: 1. Neutölln, 1:44,4; 2. Halberstadt, 1:49,4.

Vor ausverkauftem Hause und unter starker Beteiligung aus dem Reiche hielten die „Freien Schwimmer Hannover“ ihr diesjähriges Hallenschwimmfest ab. Vertreten waren: Gera, Bielefeld, Bremen, Hildesheim, Osabrück, Peine und Berlin (Berliner Schwimm-Union) und die drei Arbeitersportvereine von Hannover. Es stellten sich dem Starter über 300 Schwimmer und 20 Wasserballmannschaften zur Verfügung. Die Berliner Schwimm-Union konnte, da es die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht gestatteten, mit der vollkommenen Startmannschaft nicht antreten und dadurch in die Entscheidung des Festes nicht ernstlich eingreifen. In der Jugendlagenstaffette konnte Berlin durch das gute Schwimmen des Brustmannes einen leichten Sieg mit 25 Meter Vorsprung erringen. Das Jugendlagen gemischt, Berliner Schwimm-Union, überlegen. Ein gutgelungener sechzehner Figurenreigen erzielte reichen Beifall und ließ erkennen, daß die Damenabteilung des festgebenden Vereins nicht müßig war. Im 100-Meter-Freistilswimmen konnte Schrader, Hildesheim, mit 1:08 sich mit an die Spitze der schnellsten Freistilswimmer des Arbeiter-Turn- und Sportbundes stellen. Die Wasserballspiele litten sehr unter dem flachen Wasserstand des Bassins und unter der eigentümlichen Aufstellungsgabe der einzelnen Provinzschiedsrichter.

Zweites Bundesfest 1929.

Nach dem Bundesfest 1922 in Leipzig und der Arbeiter-Olympiade 1925 in Frankfurt a. M., die Zeugnis ablegten von dem den Arbeiter-Turnern und Sportlern innewohnenden Organisations-talent, technischen Können und Gemeinschaftsgeist, wird das zweite Bundesfest des Arbeiter-Turn- und Sportbundes im Jahre 1929 stattfinden. Aus der großen Zahl von Städten, die sich um die Veranstaltung beworben haben, ist Nürnberg, Köln und Kitzona in die engere Wahl gekommen. Eine Studienkommission wird die Anlagen dieser Städte besichtigen und mit den Behörden in Verbindung treten. Ein Bundesjugendausschuß im Jahre 1928 zu veranlassen, hat der Bundesjugendausschuß in seiner letzten Sitzung beschlossen. Die Art der Durchführung des Festes und der Veranstaltungsort werden auf der nächsten Kreisjugendleiter- und Bundesjugendausschustagung festgelegt werden. Die Kreisturn- und Sportfeste dieses Sommers sind für die Jugend die Vorproben zum Bundesjugendausschuß.

Werbeveranstaltung in Biesdorf. Die Arbeitersport- und Kulturorganisationen hatten kürzlich zu einem Vortragsabend nach den Schillerfesten in Biesdorf eingeladen. Als Thema für den Vortrag war gewählt: „Der Sport als Förderer der Volksgesundheit und seine Bedeutung für die Arbeiterschaft“, das Genosse



An Alle!

Die Zeit ist vorbei, da groß Geschrei Inbegriff jeder Reklame war. Reklame verpflichtet!
Ihr vornehmstes Gebot lautet:
„Verkünde den tatsächlichen Wert Deiner Ware!“
Darnach haben wir stets gehandelt. Daher das traditionelle Vertrauensverhältnis des Rauchers zu unseren Marken. Ihres Vertrauens sind wir sicher. Wir leiten hiermit für unsere Oberst eine Anzeigerfolge ein, die in ihrer künstlerischen und persönlichen Ausgestaltung sich „an Alle“ wendet. Schenken Sie ihr Beachtung und schließen Sie aus der Qualität unserer Reklame auf die Qualität unserer

Oberst 5/4

Waldorf-Astoria-Zigarettenfabrik A.G. in Stuttgart.

Wackelt der Kartellturn?

Zur letzten Entscheidung des Kartellgerichts. — Nur grundsätzliche, keine praktische Bedeutung.

Die Entscheidung des Kartellgerichts (siehe „Vorwärts“ Nr. 138 vom 22. März 1927) vom 17. Februar bezüglich der Eisenhandlung in Sachsen, die sich geweigert hatte, den Verpflichtungsschein zu unterschreiben, hat das Kartellproblem erneut zur Debatte gestellt. Es herrscht vielfach eitel Freude darüber, daß ein Kartellgericht endlich den Mut gefunden hat, eine der festesten Positionen des Monopolkapitalismus anzugreifen. So, man sieht bereits den berühmten Silberstreifen am Horizont und die Morgenröte der manchesterlichen Freiheit heraufzuziehen. Massenliquidierungen der Kartellverträge seitens der Händlerfirmen werden prophezeit, Reorganisationsmaßnahmen weitestgehender Art sollen sich im deutschen Eisenhandel vorbereiten. In diesen Freudenbecher gehört ein Schuß Barmuth, wenn das Urteil der Öffentlichkeit klarbleiben soll. Keiner der Beteiligten ist davon überzeugt, daß an dem Monopolkartell des Eisens durch diese kleine Welle wenig gerüttelt werden kann.

Die Allmacht der Werkschänder.

Die deutsche eisenverarbeitende Industrie ist heute lückenlos in Kartellen zusammengefaßt. Als Mutterkartell fungiert die Rohstahlgemeinschaft. Diese ist von einem Kranz von Verkaufsverbänden umgeben. Die Verkaufsverbände versuchen vor allen Dingen die Händler und ihre Organisationen in ihre Hand zu bekommen. Bereits in der Vorkriegszeit ist hier von dem damals allein vorhandenen Generalkartell, dem Stahlwerksverband, durch Schaffung von unabhängigen Großhändlerverbänden vorgebeugt worden. In der Nachkriegszeit wurde mit Hilfe einer noch festeren Kartellorganisation der Kampf der Erzeugerwerke bzw. ihrer Organe gegen das freie Händlertum mit wesentlich mehr Erfolg wieder aufgenommen. Aber gegenüber der Vorkriegszeit hatte sich doch sehr viel geändert. Damals standen noch viele Werke und Abnehmer als Selbstverbraucher direkt mit den Erzeugerwerken in Verbindung. Heute dürfte es außer der Eisenbahn kein halbes Dutzend Großverbraucher mehr geben, die mit den Erzeugerwerken direkt in Verbindung stehen. Zwischen den Werken und den Großhändlern bzw. Großverbrauchern wurde eine Scheidewand in Gestalt der Werkschänder errichtet.

Die Werkschänder sind von den Werken gegründete oder kontrollierte Handelsgeschäfte. Jedes Werk von Bedeutung hatte sich in der unmittelbaren Zeit ein oder mehrere eigene Handelsgeschäfte zugelegt. Als nun die Verkaufsverbände neben der Rohstahlgemeinschaft gegründet waren, wurden die eigenen Handelsgeschäfte der Werke und die Großhändler, die sich unterworfen hatten, zu Werkschändern. Diese wurden von den Syndikaten direkt beliefert. Wie fest die Werkschänder (die sog. Händlergruppe I) an die Erzeugerwerke gebunden sind, möge aus einigen Bestimmungen zu ersehen sein, die wir dem Protokoll entnehmen, das zwischen dem Röhrenverband und diesen Großhändlern abgeschlossen wurde: § 1 ... die Vertragshändler sind gehalten, dem Röhrenverband mit ausländischem Material weder im Inland noch im Ausland Konkurrenz zu machen. (§ 2) Die Vertragshändler übernehmen die Verpflichtung, den Bau neuer Röhrenwerke und den Betrieb der Erzeugnisse von solchen weder finanziell noch sonstwie indirekt zu unterstützen und sich an feinerlei Unternehmungen direkt oder indirekt zu beteiligen, welche den Interessen des Röhrenverbandes zum Nachteil sind. (§ 7) Der Röhrenverband hat das Recht, an allen Sitzungen und Beratungen sowohl in den Kommissionen als auch in der Vollversammlung der Händlervereinigungen teilzunehmen. Der Röhrenverband ist demnach jeweils unter Beifügung einer Tagesordnung rechtzeitig zu den Sitzungen einzuladen. Beschlüsse dieser Sitzung, welche anderes als in diesem Protokoll festgelegt, in sich schließen oder die Interessen des Röhrenverbandes berühren, sind nur dann gültig, wenn der Röhrenverband hierzu seine Zustimmung gegeben hat.“ Ein Kommentar hierzu ist überflüssig.

Die Organisation des Eisenhandels.

Wie es im Röhrenhandel zugeht, dürfte es überall sein. Ueber die Organisation des Handels ist folgendes zu sagen. Der Verband rheinisch-westfälischer Eisengroßhändler G.m.b.H. in Düsseldorf umfaßt die ersten Werkschänder und Erzeugerwerke bzw. die Verkaufsverbände. Dieser Verband, der nur 12 Mitglieder zählt, hat mit dem sog. freien Eisenhandel, wobei das Wort „frei“ entsprechend zu verstehen ist, einen Kartellvertrag abgeschlossen, in dem die Preise und Absatzbedingungen bis zum letzten Abnehmer geregelt sind. Jede Handelsfirma muß sich durch einen Revers, dem hohe Konventionalstrafen zur Seite stehen, seinem Verband gegenüber verpflichten, diesen Vertrag einzuhalten. In anderen Bezirken bestehen ebenfalls Werkschänder bzw. werden die Großhändlerverbände von solchen maßgebend beeinflusst. Die Händler sind in vier Gruppen und Untergruppen eingeteilt und erhalten je nach ihrer Zuteilung 4, 2, 1 oder 1/2 Proz. Händlerabatt. Der Kampf, den der freie Eisenhandel seit Jahren führt, hat nichts genutzt, sie wurden zu Agenten der Syndikate oder Händler zweiter und dritter Ordnung.

Auch die ausländischen Einkaufsquellen verstopft.

Solange aus dem Saargebiet, Lothringen, Luxemburg oder aus der Tschechoslowakei Eisen hereinkommen konnte, hatten die Händler in ihrem Kampf dadurch einen gewissen Rückhalt. Die bekannte Regelung, wonach die vertragsmäßig festgelegten Eisen- und Stahlprodukte von Lothringen, Luxemburg und der Saar von den deutschen Syndikaten abgenommen und hierzulande zu Syndikatspreisen verkauft werden, hat den Händlern jede Möglichkeit genommen, direkt aus diesen Bezirken beziehen zu können. Die Regelung mit der Tschechoslowakei, nach der sich die tschechischen Eisenwerke verpflichtet haben, in Deutschland nur zu den Inlandpreisen zu verkaufen, hat den Händlern auch diese

Quelle verschüttet. Die Europäische Rohstahlgemeinschaft und deren Verkaufsverbände waren das letzte Mittel, die um das deutsche Absatzgebiet gelegte Mauer unübersteigbar zu machen. Die Eisenhändler sind also auf Gnade und Ungnade auf die deutschen Werke angewiesen.

Nur das geforderte Kontrollamt kann helfen.

An Hand dieser tatsächlichen Verhältnisse, die auch das Kartellgericht anerkennt, kann sich jeder die Frage überlegen, ob die Entscheidung vom 17. Februar viel zu besserem Erfolg durch die Entscheidung erstauslich und von großer grundsätzlicher Bedeutung. Aber was nützt sie einer Händlerfirma, wenn sie kein Material mehr bekommt und das Geschäft schließen muß. Eine Sprengung des vom Stahlwerksverband gelegten eisernen Ringes bzw. die Überwachung desselben ist nur möglich durch die Errichtung eines Kontrollamtes, wie es von den Spinnereigewerkschaften kürzlich in einer Eingabe an die Regierung gefordert wurde. Die Aufgaben dieses Kontrollamtes, des öffentlichen Kartellregisters usw. sind im „Vorwärts“ ausführlich erörtert worden. Bekanntlich ist die tätige Mitwirkung der Gewerkschaften in dieser neuen Behörde vorgesehen. Nur von der Erfüllung dieser Forderungen können wir uns wirklich etwas versprechen. Die Gefahren des Monopolkapitalismus, wie sie in der Wirksamkeit der Eisenverbände vor unseren Augen stehen, können nicht mit Palliativmitteln, sondern nur mit durchgreifenden Maßnahmen bekämpft werden. Paul Ufermann.

Die Bank der Banken.

Der Jahresabschluss der Reichsbank.

In der gestrigen Generalversammlung der Reichsbank gab Reichsbankpräsident Dr. Schacht den Abschluß für 1926 bekannt. Jahresbericht, Bilanz und Gewinnrechnung zeigen, daß die Gesamttätigkeit der Reichsbank im Jahre 1926 zwar gewachsen ist, daß ihre Bedeutung als Bank der Banken, d. h. als zentrale Ausgleichsbank der nationalen Kreditwirtschaft im Verhältnis zu der Tätigkeit der Privatbanken aber zurückgegangen ist. Folgende Ziffern unterrichten über die

Jahrestätigkeit der Reichsbank:

	1913	1924	1925	1926
in Milliarden Mark				
Gesamtumsätze	422	526	578	627
Ankäufe von Inlandewechseln	11,7	18,2	17,4	10,0
Inland	0,8	2,4	3,8	5,6
Ausland	8,0	2,7	4,1	4,7
Kombardarlehen	0,32	0,12	0,42	0,62

In diesen Ziffern ist der außerordentlich starke Rückgang der Käufe von Inlandewechseln von 17,4 auf 10,0 Milliarden besonders beachtenswert. Die gleichzeitige starke Steigerung der Käufe von Auslandswchseln von 3,3 auf 5,6 Milliarden zeigt, wie stark das eigentliche Kreditgeschäft der Reichsbank durch das Devisengeschäft ersetzt worden ist. Im Zusammenhang damit steht die Steigerung der Goldankäufe um fast 50 Proz. von 0,42 auf 0,62 Milliarden. Doch der Einfluß der Reichsbank auf die Kreditgewährung sehr viel geringer geworden ist, zeigt sich auch darin, daß der Durchschnittsbetrag der von ihr diskontierten Inlandswchsel wiederum sehr stark zurückging, wie folgende Aufstellung zeigt:

Ankauf von Inlandewechseln und Schecks	
1924: 7 322 229 Stück mit 17,83 Milliarden M. p. Stück	= 2 425 M.
1925: 11 420 380 „ „ „ „ „ „ „ „	= 1 513 „
1926: 9 034 534 „ „ „ „ „ „ „ „	= 1 111 „

Danach ist zwar die Gesamtziffer der angekauften Inlandswchsel nur von 11% auf rund 9 Millionen Stück zurückgegangen, also weniger stark als der Betrag der angekauften Wechsel, der von 17,28 auf 10,04 Milliarden zurückging. Der Durchschnittsbetrag jedes Wechsels ist dabei aber weiter von 1513 auf 1111 M. gesunken gegenüber noch 2435 M. im Jahre 1924. Dasselbe Bild ergibt sich aus der Entwicklung der Wochen durchschnittsziffern der Wechselbestände für die letzten Jahre:

Die Wechselbestände der Reichsbank

(in Millionen M.)		
Höchstziffern	Tiefstziffern	Wochendurchschnitt des Jahres
1925 . . am 31. 12. 1914,8	am 23. 4. 1266,7	1573,6
1926 . . „ 31. 12. 1828,6	„ 23. 8. 1065,8	1283,5

Die von uns vorgenommene Berechnung, deren Zahl wir oben wiedergeben, ergibt einen Rückgang der Wechselbestände im jährlichen Wochendurchschnitt von 1573,6 auf 1283,5 Millionen. Obwohl die Bedeutung der Reichsbank als zentrale Kreditbank für die Wirtschaft offensichtlich geringer wurde, war ihre Bedeutung als Zahlungsbank um so größer. Sie finanzierte durch neue Noten die Geschäfte, die den Privatbanken im vergangenen Jahre hinzuwuchsen. Wie die folgenden Bilanzziffern zeigen, ist der Banknotenumlauf von 2960 auf 3735 Millionen gestiegen, der gesamte Zahlungsmittelumsatz erhöhte sich von 5208 auf 5830 Millionen. So daß die Banknotenemission nicht unerheblich größer ist als die Steigerung des gesamten Zahlungsmittelumsatzes. Da das Wechselgeschäft der Reichsbank oft die währungspolitisch gebotene untere Grenze erreichte, erfolgte eine außerordentlich starke Steigerung der Goldbestände: diese

erhöhten sich in einem Jahre von 1208 auf 1831 Millionen, das ist um mehr als 50 Proz.

Hauptbilanzziffern am Jahresende.

(in Mill. Mark)	1924	1925	1926
Wechselanlage	2064,00	1614,78	1828,59
davon Inlandwechsel	1879,86	1329,03	1348,63
Banknotenumlauf	1941,44	2960,44	3735,53
Gesamt Zahlungsmittelumsatz	(4273,0)	(5208,0)	(5830,0)
Goldbestand	739,61	1208,07	1831,38
Währungsdevisen	253,20	402,53	519,17

Man wird weniger die viermaligen Herabsetzungen des Diskonts als diesen Rückgang der wirtschaftlichen Bedeutung der Reichsbank für die gänzlich veränderte Gewinnrechnung verantwortlich zu machen haben.

Entwicklung der Gewinnrechnung

	1925	1926
in Millionen M.		
Rohgewinn	181,0	112,0
davon aus Wechseldiskont und Lombard	161,8	100,7
Bewaltungskosten	85,9	88,3
Rückstellungen	49,2	6,8
Reingewinn	42,7	22,8
davon auf gesetzliche Reservefonds	22,0	4,6
an das Reich	12,2	4,2
an Anteilseigner	22,0	14,0

Der Rohgewinn der Reichsbank ist von 181,0 auf 112,0 Millionen zurückgegangen. Die Einnahmen aus dem Wechseldiskont- und Lombardgeschäft erfuhren dabei die stärkste Berringerung, und zwar um mehr als 60 Millionen von 161,8 auf 100,7 Millionen. Dabei wurden die Verwaltungskosten nur um etwa 2,6 auf 83,3 Millionen verringert. Die Rückstellungen konnten beim Diskontfonds und beim Notendruckfonds wegen der geringen Ueberschüsse nicht, wie im Vorjahr, vergrößert werden; nur die Reservefonds wurde mit 6,8 Millionen neu aufgefüllt, nachdem schon ein Teil der Um- und Neubautkosten auf Verwaltungskosten genommen worden mußte. Der mit 22,8 gegen 42,7 Millionen ausgewiesene Reingewinn erschöpft daher die tatsächlichen Gewinne weit stärker als im vorigen Jahre. Daraus kommen auf den gesetzlichen Reservefonds diesmal nur 4,6 gegen 22,0 Millionen, an das Reich nur 4,2 gegen 12,4 Millionen, und an die Anteilseigner, die auf ihre 122,8 Millionen dividendenberechtigten Anteile wieder 10 Proz. Dividende erhalten, 14,0 gegen 22,0 Millionen.

Der Personalbestand hat sich in folgender Weise entwickelt:

	Ende 1924	1925	1926
Gesamtpersonal	14 635	11 637	10 266
davon Beamte	9 405	8 763	8 572

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Reichsbank im vergangenen Jahre eine sehr große Arbeit geleistet hat (allerdings vielfach in ihr eigentlich wesenfremden Gebieten), daß aber der Gewinn daraus in der Hauptsache den privaten Banken zugeflossen ist. Inwiefern die gesamte Kredit- und Kapitalmarktpolitik der Reichsbank in der vergangenen Zeit richtig gewesen ist, wird erst noch die Zukunft zeigen müssen.

Mannesmann verteilt 8 Prozent Dividende. Die Mannesmann-Röhrenwerke-Düsseldorf haben für das halbe Jahr Juli bis Dezember 1926 einen Rohgewinn von 16,46 Millionen erzielt oder fast genau so viel wie in dem ganzen Jahre 1925. Der Konzern verteilt auf sein Stammkapital von 115,2 Millionen Mark eine Dividende von 4 Proz., was einer Jahresdividende von 8 Proz. entspricht.

Glanzaufschluß der Harpener Bergbau A.-G. Für die glänzende Lage der Ruhrzechen sind die eben gemeldeten Abschlußziffern der Harpener Bergbau A.-G., die als reiner Zechenkonzern anzusprechen ist, symptomatisch. Der Rohertrag hat sich danach im Zechenbetrieb allein von 13,8 auf 31,8 Millionen erhöht. Mit den übrigen betrieblichen Einnahmen (ohne Zinsen und sonstige) liegt eine Steigerung des Betriebsergebnisses von 15,5 auf 34,3 Mill. vor. Der Rohertrag ist also um über 120 Proz. erhöht. Demgegenüber sind die Steuern und sonstigen Unkosten (sämtliche Betriebskosten sind vor Errechnung des Rohertrages abgezogen) nur von 9,1 auf 9,7 Millionen gestiegen. Die Ertragsverdoppelung ließ also die Steuerleistung zunächst fast unberührt. Von diesem Rohertrag werden gewaltige Beträge in Reserve gestellt; für Vergütungen wird über den Betrag des Vorjahres hinaus 1 Million, als Sonderumlage für Erneuerungen werden 6 Millionen zurückgestellt, die Abschreibungen werden mit 11,6 gegen 6,7 Millionen fast verdoppelt. So wird ein Reingewinn von 7,19 Millionen gegen nur 0,2 Millionen im Vorjahr errechnet, aus dem auf die dividendenberechtigten Stammaktien des 100-Millionen-Kapitals eine Dividende von 8 Proz. verteilt wird, nachdem im Vorjahr noch die Dividende ausgefallen war. Daß die Gewinne noch beträchtlich höher waren, zeigt die Steigerung des Wertpapierbestandes von 9,8 auf 20,2 Millionen. Einen großen Anteil an dieser Gewinnsteigerung hat dabei die Senkung der Selbstkosten; nach den Erklärungen der Gesellschaft ist der Anteil der Zöhne je abfahrbare Tonne Kohlen im Jahre 1926 gegenüber 1924 von 8,99 M. auf 7,95 M. gesunken, derjenige der Materialkosten von 4,51 auf 3,01 M., derjenige der allgemeinen Unkosten von 3,15 auf 2,42 M. Diese Selbstkosten senkung, die beim Lohnanteil besonders beachtet werden muß, ist enorm. Auch wird für das vierte Quartal 1926 berichtet, daß die arbeitssägliche Förderung mit 2,6 Proz. über der Friedensleistung liegt. Wenn man für die Steigerung des Roh- und Reingewinnes auch die besondere Gunst der Englandkonjunktur geltend machen kann, die fast voll in das vergangene Jahr fiel, so gilt das nicht für jenen Teil des Rohgewinnes, der aus der Senkung der Selbstkosten pro Tonne sich ergibt. Die Arbeiterschaft wird diesen Teil der Gewinnsteigerung zur Durchsetzung ihrer Forderungen besonders zu beachten haben.



Die Enver Bey Zigarette für 3/4 von konkurrenzloser Güte

Auf zum Frauentag! Alle Genossen und Genossinnen beteiligen sich an der Verbreitung des Werbeblattes!

Sport.

Die Eröffnungsrennen auf der Olympiabahn. Lewanow und Krupat Sieger der Dauerrennen.

Vor nur mäßig besetzten Tribünen ging gestern die Olympia-Radrennbahn-Premiere vor sich. Von den Dauerfahrern hatten Krupat, Lewanow, Dobe, Feja, Lejour und Säuppi gemeldet, die drei Läufe zu erledigen hatten. Zwei davon, den Eröffnungspreis über 10 Kilometer und den „Preis von Karlshof“ über 20 Kilometer sicherte sich Lewanow, der die 10 Kilometer in 8 Minuten 37,2 Sekunden und die 20 Kilometer in 16 Minuten 46 Sekunden fuhr. Den zweiten Platz belegte im ersten Rennen Feja (170) vor Krupat (230), Lejour (320), Dobe (340) und Säuppi (590 Meter zurück). Dobe war der Zweite im „Preis von Karlshof“ (400) vor Lejour (450), Feja (730), Krupat (750) und Säuppi (1140 Meter zurück). Franz Krupat dominierte dann im „Großen Frühlingspreis“ über 40 Kilometer. Sicher fuhr er den Sieg in 33 Minuten 50,4 Sekunden heraus. Lejour folgte 830 Meter zurück vor Feja (950), Dobe (1100), Lewanow (1700) und Säuppi (2480 Meter zurück). Fliegerrennen umrahmten das Programm und brachten im 15-Runden-Punktfahren den Sieg Ruhns. Buschenhagen gewann das Vorgabefahren über 1200 Meter mit 10 Meter Vorgabe. Bleibt noch das Entscheidungsfahren, das Friede erloschte.

Van Hevel-Belgien Sieger der Fernfahrt Berlin-Kottbus-Berlin.

Die klassische Straßenrennfahrt Berlin-Kottbus-Berlin um den „Großen Dürkopp-Preis“, veranstaltet vom Gau Berlin des Bundes Deutscher Radfahrer, brachte den Sieg des Belgiers van Hevel. Er bewältigte die Strecke, die 240,8 Kilometer lang ist, in 7 Stunden 49 Minuten 1 Sekunde. Dichtauf passierten Belloni-Italien und B. Debach-Belgien das Ziel. (Alle Opel-Fahrer.) Als erster deutscher Fahrer kam hier etwa 9 Minuten später Rörenberg-Berlin an. Der vorjährige Sieger K. Hulshke belegte den 12. Platz. Bei den Amateuren siegte in der A-Klasse Willi Meyer (Diamant-Leipzig) in 7 Stunden 44 Minuten 30 Sekunden, in der B-Klasse D. Korge (Diamant-Leipzig) in 8 Stunden 3 Minuten 58 Sekunden, und in der C-Klasse E. Brisaalky (Zugvogel Berlin) in 8 Stunden 13 Minuten 10 Sekunden. Das Rennen wurde von über 400 Fahrern bestritten. Der Amateur Meyer konnte, wie das Ergebnis zeigt, eine bessere Zeit herausfahren als der Sieger der Berufsfahrer.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Arbeitsgemeinschaft Großmann: Heute, Dienstag, 7 1/2 Uhr, Jugendheim Lindenstr. 2.

Heute, Dienstag, 7 1/2 Uhr:

Mitwirkende zur Feier am 1. April in der Schule Ködter, 13 (Gefangenenstr.).

Genossenschaft: Schule Birken, Ede Gasse, Mitgliederversammlung. — Wedding-Nord: Jugendheim Turiner, Ede Gasse, „Anzi Lebenszeit, Kette Jugend und Arbeiterjugend.“ — Köpenick: Schule Oberwalldeyer Str. 10, 8, 12. Mitgliederversammlung. — Köpenick: Verlobt: Heim Hermann, Ede Lehnwider Straße. „Zum Jubiläum zum fernem Arbeiter.“ — Wilmersdorf: Schule Charlothenstraße, Arbeiter-Vorbereitung. — Neukölln: Jugendheim Sander, Ede Hohenstraße. „Revolution unter dem Faschismus.“ — Neukölln II: Jugendheim Bergstr. 29. „Arbeitende Jugend und Sport.“

Neukölln III: Jugendheim Steinmühlstr. 114. „Selben der sozialen Revolution.“ — Neukölln IV: Jugendheim Köpenicker Str. 53, 54, 55 und 56. — Neukölln VI: Schule Dönhofsplatz. Mitgliederversammlung. — Reinickendorf: Ede Gasse, Köpenicker Str. 46. „Faschismus.“ — Dammweg: Schule Köpenicker Str. 7. „Tob und Müdel.“ — Spandau: Jugendheim Gellertstr. 2. Einführungabend. — Wedding-Nord: Jugendheim Vorfaue 10. Mädchenabend: Mädchen- und Frauenaufgaben in der Arbeiterbewegung. — Köpenick, treffen sich alle Müdel zur internationalen Frauenaufgabe zur Demonstration nach den Frachten um 1/2 Uhr Mittelpromenade Frankfurtstr. 100, Ede Kommandantenstraße. — Wedding-Nord: Arbeitslose Frauen zum Heinrich-Heine-Abend für Donnerstag, 11. März, Freizeiten im Rathaus, Zimmer 20, erhalten.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Seckauerstr. 37/38, Hof 2 Tr. — Wedding, 2. Abt., Di., d. 29., 7 1/2 Uhr, Treff. in der Löwenbräuerlei, Köpenick, 2. Bildübertragung des Ram. Wendel. Gäste, durch Mitglieder eingeladen, willkommen. — Oranienburg, Di., d. 29., 8 Uhr, Schützenhaus, Republikanischer Abend, Vortrag des Vorsitzenden des Gaues Pommeren, Anschließend Konz. Eintritt frei. Die Kameraden Oranienburgs und Umland sind mit ihren Angehörigen dazu eingeladen.

Gewerkschaft deutscher Volksleher. Sitzung 1. April, 7 1/2 Uhr, im Berliner Rathaus, Zimmer 35. 1. Die Anträge zum Verbandstage. 2. Gehaltsbewegung.

Zu Ehren des besetzten Hessenlandes veranstalten die Rheinische Frauengruppe und der Reichsverband der Rheinländer in Verbindung mit dem Verein der Frauen am 1. April einen Tee-Empfang in den Räumen des Reichsanlagen-Palasts. Der Oberbürgermeister von Mainz, Dr. Rühl, wird die Grüße des besetzten Gebietes überbringen.

Freiburger-Volkshochschule. Mittwoch, 30. März, 7 1/2 Uhr, im Kaiserlichen Gymnasium, Berlin SW, Kallische Str. 24 (am Bahnh. Bahnh.). Studierat Dr. phil. Kausländer: „Die Schulpolitik der letzten Jahre in Deutschland.“

Kongress des English Debating Club. Donnerstag, 10. April, 8 Uhr, Emma Hellmann: „Filmproduktion“

Arbeiter-Radio-Klub. 4. April Technischer Vortrag in der Geschäftsstelle. Thema: „Die elektrischen Vorgänge im Raum, unter Berücksichtigung der Radiofrequenzen.“

Veranstaltung ehemaliger Kriegsgefangener Groß-Berlin, e. V. Mitgliederversammlung Donnerstag, 11. März, 8 Uhr, bei Köhler, Grimmstr. 1. Vortrag des Kameraden Rabenberger über den Aufbau der Arbeitergemeinschaft. Gäste willkommen.

Unentgeltlicher Cigaretten-Kursus für Anfänger Dienstag, 29. März, 7 Uhr, Cafe Seitz, Vordamer Platz.

Gesellschaft für Erbkunde zu Berlin. Allgemeine Sitzung Sonnabend, 2. April, 7 Uhr, im großen Saal des Kunsthistorischen Museums, Prinz-Albrecht-Str. 7-8. Vortrag Prof. Dr. A. Peiser-Schönborn: „Von Alimandichors durch die Kalkaluppe und das Gebiet der Riesenzäuber zum Karasafce und nach Kamboc Trangi“ (mit Lichtbildern).

Funkwinkel.

In der „Stunde der Lebenden“ am Sonntag lasen Friedrich Koffka und Hermann Ungar Kapitel aus unerschlossenen Romanen. Koffka, bisher als Epiker großen Stils kaum hervorgetreten, behandelt hauptsächlich, wie Kasak in seinem Einführungsvortrag betonte, das Problem von der Wandlung des Jäh. Ist ein Mensch von dreißig Jahren derselbe wie von zwanzig? Ungar ist in der Problemstellung ähnlich. Seine Menschen stehen isoliert im Leben, sie sind irgendwie verstümmelt und aus der bürgerlichen Bahn geworfen. Beide Verfasser schreiben antibürgerliche Bücher. Die kurzen Proben vermitteln kein genaues Bild. Koffkas Stil ist im Grunde unepisch, zerstückelt, verglichen mit Ungars unpoetischer Anschaulichkeit. — Das „populäre Drehbuch“ unter Georg Széll von der Staatsoper bringt neben Cherubini heute verführer Duvertüre zum „Wasserträger“ die prachtvoll gespielte Duvertüre zu Rossinis „Barbier von Sevilla“ und Straußsche Walzer. Széll spielt diese Dinge außerordentlich graziös und perlend. Der Koloraturfängerin Alexandrina Alexandrowa gelangen schwierige Kadenz, doch ihr fehlt noch die letzte Abgeschlossenheit des Tons, die mühelose Leichtigkeit. In seinem Vortrag „Die Bedeutung der Berliner öffentlichen Arbeitsnachweise“ gibt Dr. Graad einen Überblick über ihre Entwicklung. Die kommunale Zerschneidung der Berliner Gemeinde verhinderte zuerst eine Vereinheitlichung. Erst nach der Schaffung von Groß-Berlin war diese möglich. Trotzdem behielt man die Dezentralisation für Nachweise der Ungelehrten bei, da Berlin für eine strikte Zentralisation zu groß ist. Dann skizziert Graad den Aufbau der Nachweise für Land- und Facharbeiter.

Mag man zu Werner Sombarts Theorien sehen, wie man will, auch ein Gegner muß zugeben, daß dieser Ordinarius der Nationalökonomie an der Berliner Universität alles Professurale und Vertiefene in seinen Vorträgen abgestreift hat. Viele Vortragende könnten hier lernen, wie ein schwieriger Stoff, wie etwa der im Reiche des Großbetriebes, in ganz klaren und jedem verständlichen Formen gefaßt wird. Daß ein Großbetrieb rentabler und billiger arbeitet als ein Kleinbetrieb, ist keine erschütternde Feststellung. Aber Sombart gibt ihr eine bestechende Formulierung und Begründung. Auch streng Deutschnationale können sich doch nicht mehr den legendären Einrichtungen der Revolution verschließen. Herr Alfred Gürteler, Geschäftsführer des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes, der über Betriebsräte als Grundlagen der Arbeitsgemeinschaft spricht, sieht ein, daß diese Instanz unbedingt zu einem reibungslosen Zusammenwirken zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber notwendig ist. Allerdings muß Herr Gürteler ein paar Behauptungen vor nationalem Empfinden machen. Aber immerhin ist die Erkenntnis bemerkenswert, daß man im stockkonservativen Lager das fortschrittliche Denken der Sozialdemokratie nicht mehr leugnen kann. Daß Reichs- und Kriegsanleihen nicht aufgewertet, sondern lächerlich unterbewertet werden, weiß man auch ohne Herrn Dr. Kunert. Der Vortragende sollte vermeiden, einen Ton anzuschlagen, der ungefähr zeigt, daß die geschädigten Zeichner jetzt bei 25 Proz. und weniger Auszahlung eine unverdiente Gnade erfahren. Arnold Zweig spricht über Lion Feuchtwanger. Kein Verständiger wird die Bedeutung dieses kultivierten Prosafikters leugnen wollen. Aber Arnold Zweig vergräbt sich im Ton, wenn er den „Jud Süß“ als unerreichtes Meisterwerk der epischen Dichtung seit Gottfried Keller hinstellt. Der Tenor Jacques van Kempen singt mit schöner, warmer Stimme Schubert-Lieder, von Bruno Seidler. Winkler mit feinstem Einfühlen begleitet.

Die beliebte Qualitäts-Zigarette zu 5 Pfennig



Die immer Gleichbleibende im Wechsel der Zeiten



„Herr Schwammerling, Herr Schwammerling, Sei mir nur ja kein Jammerling! Gebraten wirst du doch einmal;“

„Da rate ich auf jeden Fall: Laß es, mußt du zum Tode gehn, In „Rama butterfein“ geschehn!“

Rama MARGARINE **butterfein** 1/2 Pfund nur 50 Pfg.

Unserem Genossen **Wilhelm Dallmann** nebst Gemahlin die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit. Bes. 807.

Am 27. März verschied nach achtjährigem Krankenlager an einer Blutvergiftung mein lieber Mann, der Vater unserer Kinder, der Gewerkschaftsbeamte **Wilhelm Claus** im 36. Lebensjahr. Um stille Teilnahme bitten **Emma Claus, Willy und Günther.** Keine Kranzspenden! Einäscherung Freitag, den 1. April, abends 6 Uhr, Krematorium Gerickestr.

Die Mitglieder des Zweigvereins Berlin des Generalverbandes d. Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten wurden durch einen idiosyncratischen Unfall betroffen. Der Gewerkschaftsbeamte und Beauftragter **Wilhelm Claus** ist nach achtjährigem Krankenlager im achtunddreißigsten Lebensjahr von uns geschieden. Seine unerwünschte Krankheit im Interesse der Arbeiterbewegung führt ihm ein bleibendes Andenken. Einäscherung am Freitag, dem 1. April, nachts 6 Uhr, im Krematorium Gerickestr. Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, Zweigverein Groß-Berlin.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsgaststätte Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlichter **Herm. Schömann** am 20. März 1927 gestorben ist. Ihre tiefsten Beileiden! Die Einäscherung findet am Mittwoch, dem 20. März 1927, abends 6 Uhr, im Krematorium Gerickestr., statt. Regte Beteiligung erwünscht. Die Ortsverwaltung.

Der Gang nach Narmeln.

Novelle von Alfred Hein.

Leonhard war arbeitslos seit Monaten; man sollte Martha, seine Geliebte, ein Kind bekommen; da beschloßen sie, heimlich die Dachkammer zu verlassen, um ein Ende für immer zu machen. Zwar wäre es möglich gewesen, sich noch weiter durchzustampfen, an den Türen das bißchen Eisen, das schließlich zum Aufrechterhalten des Körpers nötig ist, zu erhebeln, und von der staatlichen Unterstützung das Allernotwendigste zu begleichen. Wer aber Leonhard kannte, da er als Obermaat auf der „Magdeburg“ in alle Meere fuhr, ein Held der See und der schönen jungen Mädchen von Hongkong bis Frisco, dennoch in tiefster Seele treu seiner Martha, und jetzt den bleichen müden Mann dahinwinken sah — — — ach, hätte er noch einen Freund, auch der würde ihn nicht wiedererkennen. Die spannte sich die braune straffe Haut einst über diese straffen Muskeln und festen Knochen! Und Martha, nein, am Sonntag sah man ihr das Stübermädchen nicht an; wie eine schilke Amerikanerin trippelte sie dann neben ihm ins Café und dann ins Tanzlokal und dann — — — in den Park.

Leonhard hatte die müden Worte plötzlich, noch halb ohne Willen ausgesprochen: „Wir wollen ein Ende machen“, als er an der Dachkammer saß, durch die sie die Benzinkluft der Großstadt atmeten, und alles war blickartig während dieser Worte an ihm vorbeigeglitten, das ganze Leben. Auch an seine tote Mutter erinnerte er sich, die während des Krieges verhungert war. Wenn sie noch lebte, würde er es nicht tun.

„Wieviel Geld haben wir?“ fragte Leonhard.

Martha erhob sich von der mit einer Pferdebede belegten Britsche, die zugleich Lager und Tisch war, und ging an den Kasten im düsteren Winkel, der die letzte Habe der beiden an Geld, Silber, Kleibern und Geld barg. Sie zählte, es waren 4,80 M. Die schuldige Miete betrug 9,80 M. Die nächste Unterstützung gab es in zehn Tagen.

„Weißt du, Martha, wir wollen es nicht plötzlich und nicht so,“ er fuhr mit der knochigen Hand scharf durch die Luft, „mit einem Schnitt machen. Ueberhaupt nicht so blutig. Auch nicht aufhängen. Das ist häßlich.“

„Das Kind — das Kind — es meldet sich — was sagt es? — Weißt du, was es sagt: Leonhard? Einmal will ich die Sonne sehen, einmal soll mich meine Mutter streicheln, einmal soll mein Vater sagen: Bub!“

„Ruhig, Martha! Noch uns nicht verrückt.“

Martha weinte, auf dem Kumpelkasten sitzend, in der Ecke. Er kam zu ihr. Mit seinem wiegenden Seemannstritt, die Arme immer gerundet, als wenn es zum Ringkampf ginge. Das liebte sie an ihm. Wenn er sie umarmte, wiegte sie sich gleichsam in dieses Schritte-schaukeln ein. So lächelte sie ihm auch jetzt entgegen.

„Leo, lieber, lieber Leo, du wirst schon wissen, ach, du bist so ein kluger Junge — Direktor könntest du spielen — aber wer holt uns aus der Dachkammer?“

Sie sah mit fieberglänzenden Augen hinaus in das Floden-fallen. Sie würde die Hand hinausholen und innig wünschen, daß der Schnee sich in echtes Silber verwandelte — — — aber es nützte ja nichts. Es gibt keine Wunder.

„Das Meer ist mild, das Meer ist gut. Wir wollen dahin. Es wird uns in Frieden aufnehmen.“

„Das Meer ist weit.“

„Um so besser. Dann haben wir länger Zeit dahin. Es sind 18 Kilometer. Drei Tage, Martha. Noch drei Tage. Du schaffst doch sechs Kilometer? Freilich, du warst doch ein fortliches Ding. Weißt du noch, wie alle bei Legmann draußen in Patersdorf mit dir tanzen wollten? Da kam ich ihnen aber dazwischen. Hohe, kleine Laube, der Löwe frist aus deinem Schnabel, was?“

Sie brach das letzte Brot und gab ihm mit unerwählter Liebe für seine süße Redensart, die halb aus Romanen, halb von ihm war, und so fein und doch so ehrlich gut klang, ein Stück davon.

Die Turmuhr in der Nähe schlug 11 Uhr vormittags. Da machten sie sich auf die letzte Wanderung. Leise schlüpfen sie aus dem Haus, dankt die Portiersfrau, die ihnen die Kammer vermietet hatte, nicht merkte, daß sie ihr Bündel mitnahmen; es glückte, sie waren im Trubel der Großstadt. Feine Damen gibt es noch, Herren, die sich ins Auto schmeißen, Straßenbahnkassierer, die doch noch so die Zehnmarktscheine ausgegibt kriegen, das Gold liegt in den Gehäusen zum Mitnehmen, und Zigarren rauchen wahrhaftig Menschen, da kostet eine einzige eine ganze Mark. Leonhard nahm zwanzig Pfennig von den 4,80 M. und kaufte Tabak, für vierzig Pfennig ließ er die Flasche mit Korn füllen, dann kaufte er eine Dose für siebzehn Pfennig und ein Brot für vierzig. Und dann — — —; sie kamen an einem Konfektengeschäft vorbei — — — holte er aus diesem ein Schokoladenherz, in grünem Staniol verpackt, da stand eingedrückt: Ich liebe dich, und auf der Rückseite: In Ewigkeit. Genau so ein Herz hatte er ihr in fidele Stunde nach durchtanzter Nacht geschenkt, ehe er nach China fuhr. Wo ist die Zeit hin? Auch Martha erinnerte sich daran, sie küßte ihn mitten unter den vielen Menschen. Und ein alter Herr im Pelz sagte zu seiner Juwelenhändlerin Frau Gemahlin: „Es gibt doch noch viel Glück unter den armen Leuten.“ „Ja, wenn man sich noch Rinderstehens in den Kreisen kauft, wozu diese happige Unterstützung?“

Leonhard und Martha hörten nicht das Gerede. Sie gingen vertraulich weiter. „Barte, mein Kleinkind, du bist Barts Schokoladenherz mit,“ sagte Martha. Leonhard streichelte ihre hohe Hüfte leise.

So waren sie zur Stadt hinausgeschritten, weiße Biesen dehnten sich, die silbernen gefrorenen Landstraße entlang harteten ihrer nichts als die erkaulchten Felber der Bäume. Das waren so ernste schwarze Begleiter, und sie sprachen auch Dunkles zu ihnen. Vom Tod.

Langsam erhob sich ein Dorf vom Horizont, nahle sich. Dort wollten sie rasten. Die Dämmerung neigte sich und sie waren schon so müde, daß sie oft vergaßen, welches Ziel sie hatten, sondern nur noch Schritt für Schritt sich weiter trugen, bis sie schließlich im Gasthaus anlangten.

Sie setzten sich an den letzten Tisch im Winkel, der war ihnen am vertraulichen, weil er sie an ihre ferne, auf Zimmerwiedersehen verlassene Dachkammer erinnerte. Der Wirt erhob sich vom Stammtisch, an dem er mit einem Genbarm und dem Droglsten Tischte, und kam fragen, was man wünsche. „Eine warme Suppe und einen Winkel zum Schlafen,“ sagte Leonhard. Nach einer Weile brachte die Wirtin die Suppe, die beiden Gäste und der Wirt schickten von ihrem Tisch mit einem nicht böartigen, mehr neugierigen Mißtrauen herüber.

„Wo wollt ihr denn hin?“ knurrte der Genbarm.

„Nach Narmeln ans Meer.“

„Zu Fuß?“

„Wir haben kein Geld zu fahren.“

Die verkaufte Ufa.



Hugenberg hat ein neues Netz gesponnen — aus Filmstreifen. Wer sind diesmal die Hineingeflogenen?

„Können Sie das Nachtquartier bezahlen?“ fragte der Wirt.
„Wieviel?“
„Eine Mark zwanzig für beide.“
„Das geht,“ sagte Leonhard.
Die Wirtin setzte sich neben Martha und sah müde auf ihren Leib: „In dieser Kälte zu Fuß, so weit?“
Martha rammte die Tränen: Wenn ihr mühtet, wie weit. — — — (Schluß folgt.)

Vergessen.

Von K. Bros.

Das Leben pflegt sich gewöhnlich aus einer Reihe verregener Jahre, sonniger Tage und gemächlicher Situationen zusammenzusetzen. Manchmal natürlich sieht die Zusammensetzung auch etwas anders aus. So geriet ich kürzlich in diesem verhältnismäßig noch sehr trockenen Jahre, an einem sehr trockenen Tage, in eine sehr verregene Situation.

Ich verließ um 8 Uhr morgens meine Wohnung mit einem kleinen Paket unter dem Arm und der festen Absicht im Herzen, dieses Paket, das einige frisch gekaufte, aber nicht frische Bäcklinge enthielt, unabhängig auf die Straße fallen, um die Bäcklinge dort ihrem Schicksal zu überlassen. Als sie aber dort lagen, erhob eine junge Dame hinter meinem sich fluchtartig entfernenden Rücken ein gewaltiges Geschrei:

„Herr! . . . Herr! . . . Sie haben Ihr Paket verloren! . . .“
Mit atemloser Hast und gellender Stimme holte sie mich ein und nahm mit freudestrahlender Miene meinen überschweiflichen Dank entgegen.

Manche Berliner Häuser besitzen sehr breite Loreingänge, deren Tore sich vor dem Barm der Straße tief nach dem Hofe zu zurückziehen und zu ihren Füßen sehr wohl ein kleines Paket in Gewahrsam nehmen können — dachte ich mit dem kühnen Gedanken eines idealistischen Optimisten — und beugte meinen Rücken, um das kleine Paket in Gewahrsam zu geben. In diesem Augenblick sperrte das Tor seinen Rachen auf und spie einen endlosen Strom von Angefeilten und Arbeitern aus, der verflochten nach den Arbeitsstätten stieß und mit sehr, sehr mißtrauischer Miene auf meine Schube blickte, an denen meine Hände sich zu schaffen gemacht hatten, obwohl es an ihnen nichts zu schaffen gab. Die Bäcklinge blieben vorläufig in meinem Gewahrsam.

Will man sich einen schönen Tag nicht verschulden lassen, so darf man auf keinen Fall schon um 8 Uhr früh den Mut sinken lassen.

Ich ließ deshalb nicht den Mut, sondern die Bäcklinge auf den Boden sinken, in dem Augenblick, als ich an einem Straßenhändler vorbeipilgerte und der freie Platz unter dem Wagen so einladend herüberwinkte.

„. . . Sie! . . . Was erlauben Sie sich eigentlich? . . . Ist meine Verkaufsstätte eine Mistgrube?“

„Nein, sie sei gewiß keine Mistgrube,“ beruhigte ich, pulserrot vor Scham, den Verkäufer und hob, um ihn von der Echtheit meiner Betuerungen zu überzeugen, das Paket wieder auf, obwohl es keinen Mist, sondern Bäcklinge enthielt, und erstand, um seinen ungeschwächten Zorn zu stillen, eine Aktienmappe für 4 Mark und 50 Pfennige, die, wie ich ausdrücklich feststellen möchte, ebenfalls kein Mist war, sondern eine Aktienmappe.

Die wiederholten, sicher gut gemeinten Versuche, mein Paket auf einem Fenstergestims einer Frühstücksstube, eines Friseur- oder Zigarettengeschäftes, eines Käse- oder Obstladens zu deponieren, scheiterten indessen unglücklicherweise immer an irgendeiner belanglosen Kleinigkeit.

Entweder besah der Laden kein Fenstergestims, oder das Gestims gehörte nicht dem Laden. Sondern einem anderen. Dessen Besitzer nach Kunden vergeblich Ausschau hielt.

Ebenso kläglich mißlang der Versuch, die Bäcklinge auf der Straßenbahn liegen zu lassen. Sie — die Bahn war dort überfüllt, daß ich beim besten Willen kein Plätzchen finden konnte, um sie hinzulegen.

Nun sagte ich den kostspieligen Entschluß, ein Kaffeehaus aufzusuchen. . . . Zu Hause hatte ich bereits zwei Tassen Kaffee getrunken. Ducht plagte mich also keineswegs, vielmehr das Paket, das ich hier vergessen wollte. Ein solcher Wille ist bei mir sehr leicht und sehr bald in die Tat umgesetzt. Sehr bald konnte ich mich allerdings diesmal nicht durchsetzen, denn es dauerte immerhin zehn Minuten, bis ein kleiner Kellner wurde und weitere zehn Minuten, bis der Kellner den bestellten heißen Tee auf dem kurzen Wege vom Buffet zu meinem Tische in kalten Kaffee umgewandelt hatte. Obwohl mich Zerger stets von meinen Absichten ablenkt, vermochte er dieses Mal doch nicht störend einzugreifen. Meine Vergeßlichkeit besiegte ihn.

Ich vergaß im Kaffeehaus — meine neue Aktienmappe. Die Bäcklinge brachte ich abends wieder nach Hause.

Dostojewskis Begnadigung.

Im Lichte eines deutschen Botschafters.

Die „Denkwürdigkeiten des Botschafters General v. Schweinitz“, die in zwei starken Bänden soeben bei Reimar Hobbing in Berlin erschienen sind, enthalten nicht nur eine Fülle wichtiger Beiträge zur diplomatischen Geschichte der Bismarckzeit, sondern es werden auch viele kultur- und geistesgeschichtliche Fragen berührt, und besonders erfahren wir vieles über die Zustände im zaristischen Rußland, da ja Schweinitz in seiner langjährigen Stellung als deutscher Botschafter in Petersburg vorzügliche Nachrichtenquellen besaß. Unter den Aufzeichnungen des Botschafters befindet sich auch eine vom 14. Februar 1881, die an den Tod Dostojewskis anknüpft und interessante Mitteilungen über seine Begnadigung enthält. „Vor einigen Tagen starb hier der Schriftsteller Dostojewski“, heißt es da. „Vor einigen 30 Jahren hatte dieser Mann in der Schilderung des Elends („Arme Leute“) Talent gezeigt und kleine literarische Erfolge erreicht. Im Jahre 1849 perwiderte er sich in die Betrachtweltliche Verjährung und wurde auf Lebenszeit nach Sibirien verbannt, arbeitete vier Jahre in den Minen und diente dann als gemeiner Soldat. Dostojewski war in der Ingenieurschule erzogen und dann Offizier geworden. General Tolstojen hat ihn damals gefasst, weil sein Bruder mit ihm befreundet war, ja sogar mit ihm zusammen wohnte. Der Groß erzählte mir, daß er eines Tages seinen Bruder besuchte und in der Dostojewskischen Wohnung eine Gesellschaft von einigen zwanzig oder dreißig jungen Männern und einigen jungen Frauen fand, welche soziale Probleme diskutierten. Man legte ihm, der damals Ingenieurhauptmann war, die Frage vor, ob es nicht nützlich und notwendig sei, die Kinder von den Eltern zu entfernen und durch den Staat erziehen zu lassen. Tolstojen antwortete: das Heiligste auf Erden sei die Eltern- und Kindesliebe, und nähme man diese hinweg, so bliebe wenig übrig. Darauf hat Tolstojen nichts mehr von Dostojewski gehört, bis er im Jahre 1860 einen Brief von ihm aus Sibirien erhielt, in welchem ihn der Verbannte an ihre frühere Bekanntschaft erinnerte und ihn bat, ihm Begnadigung zu erwirken. Tolstojen sagte mir, dieser Brief habe großen Eindruck auf ihn gemacht und sei so vortrefflich geschrieben gewesen, daß er ihn dem Kaiser originaliter überreicht habe. Tags darauf wurde Dostojewski begnadigt, mit geringen Einschränkungen und mit Anweisung des Wohnortes in Twer.“

Auch die folgenden Bemerkungen des Generals sind bezeichnend für die Auffassung der herrschenden russischen Kreise von dem Dichter und den Kundgebungen bei seiner Bestattung. „Er war wirklich kein Rüstling“, schreibt Schweinitz, „wohl aber einer von jenen Autoren, deren Schriften die Köpfe verwirren, die Herzen krank machen und die Jugend unruhig, untätig, pessimistisch stimmen; denn wie so viele seiner Zeitgenossen, schildert er mit Vorliebe und raffiniertem Scharfsinn die Leiden und Verbrechen, ohne den Weg zur Sühne, zur Besserung und Erlösung zu zeigen. Solch ein struppiger, konfus, Schwarz auf Grau malender Rührer war aber besonders geeignet, um in der jetzigen „russischen Gesellschaft“ gefeiert zu werden, und dies war auch während der letzten Jahre der Volk; dennoch hätte niemand erwarten können, daß man solches Aufheben von ihm machen würde, wie jetzt bei seinem Leichenbegängnis geschah. Gegen hundert Deputationen nahmen an dem Trauerzuge teil; daß eine große Volksmenge sich anschloß, ist natürlich, und ebenso natürlich ist, daß das Volk weinte, um wen es sich handelte. Ein Ruschik fragte, wer denn da begraben werde? „Ein Bittgeneral“, antwortete ihm ein anderer. „ein alter Schulmeister“, sagte ein dritter. Darin aber sind die Augenzeugen einig, daß mehr Volk und mehr Ordnung bei diesem Begräbnis war, als bei dem der Kaiserin, und hierin, in der Ordnung, erblicken erfahrene Männer das Neue, das Bezeichnende, das Begrüßliche dieser Manifestation. „Jetzt sind sie so weit,“ sagte mir General Trepow, „daß sie eines Tages mit 60 000 Mann vor das Winterpalais marschieren können; gerade so hat es in Warschau angefangen; bei den Begräbnissen wurden die Massen geschult.“ In höheren Kreisen aber ist man stolz darauf, daß man so klug gewesen ist, der Demonstration ihre feindliche Spitze abzubreden, indem man noch vor dem Begräbnis bekanntgab, der Kaiser habe der Witwe eine Pension von 2000 Rubeln ausgesetzt.“

Wann sind die Aprilscherze angekommen? Ueber das Aufkommen der Aprilscherze und das „In-den-April-schicken“ sind schon die verschiedensten Ansichten geäußert worden. Wenn im alten Indien und im alten Rom ähnliche Hänseleien üblich gewesen sind, so haben diese mit den heutigen Aprilscherzen kaum etwas zu tun. Jedenfalls waren sie bei den alten harmonischen Völkern nicht bekannt. Wie es scheint, sind die Aprilscherze in Frankreich angekommen und zwar im 16. Jahrhundert. Vielleicht ist die Erklärung nicht unrichtig, die man über die Entstehung der Aprilscherze in Frankreich gegeben hat. Danach wurde im Jahre 1564 der Neujahrstag vom 1. April auf den 1. Januar verlegt. Nun konnte man auch am 1. April keine Neujahrsgeschenke mehr geben und somit dies doch noch nicht ganz weggelassen, wurden scherzhafte Gegenstände verteilt oder solche, die wegen ihres geringen Wertes zu Späteren Veranlassung gaben. Auch das In-den-April-schicken mag bei dieser Gelegenheit entstanden sein. Von Frankreich drangen diese Scherze nach im 16. Jahrhundert nach Deutschland und England ein, in Italien wurden sie im 17. Jahrhundert bekannt, in Rußland wird von ihnen erst im 18. Jahrhundert berichtet.

